

5. Parteitag, 2. Tagung
der Partei DIE LINKE

Hannover, 9., 10. und 11. Juni 2017

Antragsheft 2

DIE LINKE.

Inhaltsverzeichnis

Anträge an die 2. Tagung des 5. Parteitages der Partei DIE LINKE.....	2
Anträge zu den Regularien des Parteitages	3
Anträge mit überwiegendem Bezug zur Gesellschaft.....	6
Anträge mit überwiegendem Bezug zur Partei.....	23
Anträge zur Bundessatzung der Partei DIE LINKE.....	26
Kandidaturen für die Bundesschiedskommission	27
Kandidaturen für die Bundesfinanzrevisionskommission.....	40
Berichte an die 2. Tagung des 5. Parteitages der Partei DIE LINKE.....	51
Bericht des Bundesausschusses	52
Bericht der Bundesfinanzrevisionskommission	55
Bericht des Ältestenrates.....	59
Bericht der AG Teilhabe zur Umsetzung des Teilhabekonzeptes	64
Impressum/Kontakt	68

Anträge an die 2. Tagung des
5. Parteitages der Partei DIE LINKE

Anträge zu den Regularien des Parteitages

Antrag: R.3.

Antragsteller/innen: LV Sachsen

Der Parteitag möge beschließen:

Änderung Punkt (7) der Geschäftsordnung des 5. Parteitages

Punkt (7) GO wird geändert in:

- 1 Die Tagungsleitung ruft die Tagesordnungspunkte und die dazugehörigen Anträge auf, leitet die
- 2 Beschlussfassung, erteilt das Wort, kann Rednerinnen und Redner zur Sache rufen, muss ihnen das
- 3 Redezeitende einmal vorankündigen und, **(a) unabhängig von Funktion und Stellung in der Partei,**
- 4 das Wort entziehen, wenn sie die Redezeit überschreiten oder vom aufgerufenen Thema abweichen.
- 5 Über die Redezeiten beschließt der Parteitag am Beginn jedes Tagesordnungspunktes auf Vorschlag
- 6 des Tagungspräsidiums. **(b) Sind in einem Tagesordnungspunkt mehrere Reden vorgesehen, ist**
- 7 **die Redezeit für die einzelnen Beiträge zu beschließen.**

Begründung:

Auf der 1. Tagung des 5. Bundesparteitags in Magdeburg ist es nicht das erste Mal passiert, dass sich prominente Redner*innen nicht an die vereinbarte Redezeit halten und die Tagungsleitung nicht einschreitet. Das sprengt letztlich jeden noch so gut durchdachten Zeitplan und geht meist zu Lasten anderer, zumeist weniger prominenter Redner*innen oder Initiativen aus den Gliederungen und Zusammenschlüssen der Partei. Als linke, egalitäre Partei sollten wir die Fairness, die wir innerhalb der Gesellschaft einfordern, auch bei uns selbst umsetzen. Unsere Genoss*innen aus Partei- und Fraktionsführung sind durch gesetzte Beiträge und Berichte bereits ausreichend privilegiert. Es wäre dann nur angemessen, sich an die vereinbarten Redezeiten zu halten.

Entscheidung des Parteitages:

Angenommen: Abgelehnt: Überwiesen an: _____

Antrag:**R.4.**

Antragsteller/innen:

LV Sachsen

Der Parteitag möge beschließen:**Änderung Punkt (14) der Geschäftsordnung des 5. Parteitages**

Punkt (14) GO wird geändert in:

- 1 (14) Ordentliche Anträge
- 2 a. Ordentliche Anträge sind spätestens sechs Wochen vor Beginn des Parteitages an die
- 3 Antragskommission einzureichen.
- 4 b. Ordentliche Anträge, die von Landesverbänden, Kreisverbänden, Ortsverbänden gemäß § 13 Abs. 8
- 5 der Bundessatzung, dem Frauenplenum des Bundesparteitages, bundesweiten Zusammenschlüssen,
- 6 von der linksjugend [solid], vom Studierendenverband DIE LINKE.SDS, von Organen der Partei oder
- 7 Arbeitsgremien des Parteitages gestellt werden oder für die zum Zeitpunkt der Antragstellung von
- 8 mindestens 25 Delegierten die Unterschriften vorliegen, sind vom Parteitag zu behandeln.
- 9 **c. Bei der Veröffentlichung der Anträge und deren Zustellung an die Delegierten sind**
- 10 **ordentliche Anträge nach Nummer b. genauso zu behandeln, wie Leitanträge und andere**
- 11 **Anträge nach Absatz (13).**

Begründung:

Unser Landesverband hatte zur 1. Tagung des 5. Bundesparteitags 3 Anträge weit vor Veröffentlichung und Drucklegung des ersten Antragsheftes eingereicht. Darunter der vermutlich noch einigen Genoss*innen in Erinnerung gebliebene „Laizismus-Antrag“. Obwohl rechtzeitig eingereicht, wurde der Antrag vom PV nicht in das erste Antragsheft aufgenommen, sondern erst in das darauffolgende. Auf dem Parteitag selbst war dann eines, auch vom PV vorgetragenes Argument, der entsprechende Antrag sei noch nicht ausreichend vordiskutiert worden. Gewissermaßen wurde damit ein Grund für „mangelnde Debatte“ selbst produziert. Wir meinen: Anträge, die rechtzeitig da sind, sollten auch im ersten Antragsheft abgedruckt werden. Das hilft auch den Delegierten, da das zweite Heft meist wesentlich umfangreicher und gleichzeitig zeitlich viel näher am Parteitag ist. Inhalte des zweiten Heftes in das erste zu transferieren erleichtert den Delegierten damit eine Vorbereitung.

Entscheidung des Parteitages:

Angenommen: Abgelehnt: Überwiesen an: _____

Antrag: **R.5.**

Antragsteller/innen: LV Sachsen

Der Parteitag möge beschließen:

Änderung Punkt (15) der Geschäftsordnung des 5. Parteitages

Punkt (15) GO wird geändert in:

- 1 (15) Dringlichkeitsanträge und Initiativanträge
- 2 a. Dringlichkeitsanträge sind Anträge zu Ereignissen oder politischen Entwicklungen, die nach
- 3 Antragsschluss, also innerhalb der letzten sechs Wochen vor Beginn des Parteitages, eingetreten sind.
- 4 **Die Dringlichkeit ist von den AntragstellerInnen zu begründen und von der**
- 5 **Antragskommission zu prüfen (R.5.1.).**
- 6 c. Dringlichkeits- oder Initiativanträge sind vom Parteitag zu behandeln, wenn zum Zeitpunkt ihrer
- 7 Einreichung die Unterschriften von mindestens 50 Delegierten vorliegen. **Dringlichkeitsanträge sind**
- 8 **in der Regel nach den Anträgen nach Absatz (13) und (14) zu behandeln. (R.5.2.)**

Begründung:

Umfang und zuweilen auch die vermeintliche Dringlichkeit von Dringlichkeitsanträgen nahmen auf dem letzten Parteitag teils groteske Züge an. Auf der 1. Tagung des 5. Parteitages in Magdeburg wurden allein 13 Dringlichkeitsanträge und ein Initiativantrag vor Ort an die Delegierten ausgegeben. Deren Umfang betrug 22 Seiten und 16 Blatt. Mithin dürften also mindestens ca. 11.200 Blatt Papier an die Delegierten mit beschließender und beratender Stimme verteilt worden sein. Nun ist es völlig unstrittig, dass es der Instrumente „Dringlichkeitsantrag“ und „Initiativantrag“ bedarf. Gleichzeitig ist es aber nur im Ausnahmefall zu verstehen, warum Anträge, welche in den vorgesehenen Fristen und teilweise nach ausführlicher Vordiskussion in Gremien und Parteitagen anderer Ebenen eingereicht worden sind, in der realen Behandlung häufig schlechter gestellt sind als die Dringlichkeitsanträge. Dies wollen wir mit unserem Formulierungsvorschlag gerne ändern.

Entscheidung des Parteitages:

Angenommen: Abgelehnt: Überwiesen an: _____

Anträge mit überwiegendem Bezug zur Gesellschaft

Antrag: G.1.

Antragsteller/innen: KV Zwickau

Der Parteitag möge beschließen:

1 Für die Abschaffung der Zwangsmitgliedschaften in Kammern

- 2 DIE LINKE setzt sich für die Abschaffung der Zwangsmitgliedschaft in Handwerks-, Industrie - und
3 Handelskammern ein.

Begründung:

Bis heute besteht eine Zwangsverpflichtung zur Mitgliedschaft in den Handwerks-, Industrie- und Handelskammern. Obgleich diese juristisch umstritten ist, hat das Bundesverfassungsgericht diese als grundgesetzkonform angesehen¹. Aus diesem Grund ist es notwendig, auf gesetzgeberischer Ebene aktiv zu werden, um die Zwangsmitgliedschaft abzuschaffen. Dafür gibt es verschiedene Gründe: Historisch ist das heutige Kammerwesen auf die Zünfte im Mittelalter zurückzuführen². Diese waren Instrumente zur Abschottung und Reglementierung der wirtschaftlichen Betätigungsfreiheit.

Heute sind die Kammern offiziell die jeweiligen Interessenvertretungen der darunter zusammengefassten Berufe und sollen diese entsprechend vor allem auch gegenüber der Politik vertreten. Jedoch erfolgt meist keine umfassende Interessenvertretung, was bereits in der Vielfältigkeit der Mitglieder begründet ist. Sie reicht vom Einzelhandwerker bis hin zum Großunternehmen³. Zudem weisen Funktionäre eine gewisse politische Nähe zu gewissen Akteuren auf und vertreten verstärkt diese bzw. eigene Interessen, statt die der gesamten Mitglieder⁴. Meist fallen die Interessen von kleinen und mittleren Unternehmen völlig hinten runter. Möchten diese sich anderweitig organisieren, geht dies nur, wenn sie sich in zusätzlichen Interessenverbänden organisieren⁵. Dies geht aber in der Regel nur mit weiteren finanziellen Belastungen einher. Eine eigenständige und selbstbestimmte Interessenvertretung findet nicht statt. Hinzu kommen erhebliche Nachteile im europäischen Geschäftsverkehr⁶.

Als Linke ist es unsere Aufgabe, größtmögliche Pluralität zu schaffen. Dies schließt auch die freie Wählbarkeit bzw. Organisation der eigenen Interessenvertretung mit ein.

Entscheidung des Parteitages:

Angenommen: Abgelehnt: Überwiesen an: _____

¹ BVerfG Beschluss vom 7.12.2001 I BvR 1806/98

² Überblickartig: <https://de.wikipedia.org/wiki/Handwerkskammer>, siehe auch <https://www.leipzig.ihk.de/mediathek/Kammergeschichte%28n%28%20%20150%20Jahre%IHK%20f%C3%BCr%20Sachsen.pdf>

³ http://www.deutschlandradionkultur.de/wirtschaftslobby-oder-zwangsverband-unternehmer-wehren-sich976.de.html?dram:article_id=331109

⁴ <http://www.giessener-allgemeine.de/Home/Stadt/uebersicht/Artikel.-Eklat-bein-IHK-Neujahrsempfang-arid.620554-regid.l.puid.l.pageid.113html>

⁵ <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/heikler-fall-fuer-bundesverfassungsgericht-karlsruhe-befasst-sich-mit-zwangsmitgliedschaft-in-Handelskammern-l.1924713>

⁶ <http://www.lto.de/recht/hintergruende/h/ihk-zwangsmitgliedschaft-bverfg-verfassungsbeschwerden-dominik-storr-interview/>.

Antrag:**G.2.**

Antragsteller/innen:

Landesvorstand Hessen

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Abschiebestopp nach Afghanistan bundesweit durchsetzen – für ein**
 2 **offenes und soziales Europa der universellen Menschenrechte!**

3 Afghanistan ist ein Kriegsgebiet. Allein im letzten Jahr sind in Afghanistan offiziell fast 11.500 Zivilisten
 4 (3.498 Tote und 7.920 Verletzte) getötet oder verletzt worden, die Dunkelziffer dürfte weitaus höher
 5 liegen⁷. Internationale Organisationen von UNHCR bis Amnesty International beschreiben in aktuellen
 6 Berichten die prekäre humanitäre Lage sowie die sich verschlechternde Sicherheits- und
 7 Menschenrechtssituation in dem Land. Der UNHCR sieht daher Abschiebungen nach Afghanistan
 8 äußerst kritisch⁸, Amnesty International fordert einen sofortigen Abschiebestopp⁹.

9 Trotz des andauernden Kriegszustandes werden aus Deutschland Menschen nach Afghanistan
 10 abgeschoben. Diese Abschiebungen sind eklatante Menschenrechtsverstöße, sie stellen eine
 11 Verletzung der Genfer Flüchtlingskonvention sowie der Menschenrechtscharta dar. Die
 12 Bundesregierung legitimiert diese Rechtsbrüche mit der Behauptung, in Afghanistan gäbe es sichere
 13 Zonen, ist gleichzeitig aber nicht in der Lage, solche Zonen zu benennen und die Sicherheit der
 14 Abgeschobenen zu garantieren.

15 Die Abschiebungen nach Afghanistan sind Teil einer immer restriktiveren Flüchtlingspolitik. Die
 16 gesellschaftliche Stimmung in weiten Teilen Deutschlands und Europas wird derzeit nicht von einem
 17 solidarischen Miteinander, sondern von sozialer Kälte geprägt. Statt die Ursachen der sozialen
 18 Spaltung zu bekämpfen, wird diese weiter vertieft; der schwächste Teil der Bevölkerung muss als
 19 Sündenbock herhalten. Die Gesellschaft erlebt gerade ein Rollback. Ehemals erkämpfte und für
 20 selbstverständlich gehaltene Bürger- und Menschenrechte werden massiv in Frage gestellt und
 21 angegriffen. DIE LINKE ist die Partei des offenen und sozialen Europas, der universellen und
 22 unteilbaren Menschenrechte, gegen Abschottung, soziale Spaltung und Rassismus. DIE LINKE ist die
 23 Partei derjenigen, die sich dem Rechtsruck entgegenstellen, der Flüchtlingshelfer_innen,
 24 Antifaschist_innen und der Flüchtlinge selber. DIE LINKE ist die Partei der Solidarität. Denn kein
 25 Mensch ist illegal. Jeder und Jede darf den Aufenthaltsort frei wählen.

26 Deswegen setzt sich DIE LINKE auf allen Ebenen und mit all ihren Möglichkeiten dafür ein, dass
 27 niemand mehr nach Afghanistan abgeschoben wird. Wir machen gemeinsam mit
 28 außerparlamentarischen Bewegungen Druck auf die Bundesregierung, eine neue und realistische
 29 Bewertung der Sicherheitslage vorzunehmen, die Abschiebungen nach Afghanistan zu beenden und
 30 somit die aktuelle völkerrechtswidrige Praxis aufzugeben. Auch ist es unsere Aufgabe, dort, wo wir
 31 selber Gestaltungsspielräume haben, diese im Interesse der Betroffenen zu nutzen.

32 Eine Möglichkeit, Abschiebungen nach Afghanistan zumindest für einige Monate wirklich zu
 33 unterbinden, ist der Abschiebestopp nach § 60a AufenthG. Durch ihn haben die Betroffenen
 34 zumindest für einige Zeit die Gewissheit, in Sicherheit zu sein. Ein „informeller Abschiebestopp“¹⁰ für
 35 Nicht-Straftäter oder die Zusage, darauf hinzuwirken, dass die Ausländerbehörden im Rahmen einer
 36 sorgfältigen Einzelfallprüfung die Ermessensspielräume der gesetzlichen Regelungen des

⁷ Jahresbericht der Unterstützungsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan (UNAMA)

⁸ <http://www.unhcr.de/home/artikel/76f96c0d22047c61f3ee756c05c89b2f/unhcr-gesamtsituation-in-afghanistan-hat-sich-verschlechtert.html>

⁹ https://www.proasyl.de/wp-content/uploads/2016/08/PROASYL_Afghanistan_Broschuere_Jul16.pdf

¹⁰ So in Berlin: <http://www.berliner-kurier.de/berlin/kiez—stadt/rot-rot-gruene-koalition-keine-abschiebungen-aus-berlin-nach-afghanistan-25784232>

37 Aufenthaltsrechts nutzen¹¹, wie in einigen Bundesländern praktiziert, bietet diese Sicherheit nicht,
 38 vielmehr führt er zu einer großen Verunsicherung in der afghanischen Community. Die
 39 Ermessensprüfung in jedem Einzelfall im Asylverfahren ist gesetzlich sowieso vorgeschrieben, für die
 40 Betroffenen ist völlig unklar, was sich nun ändern soll: Diejenigen, deren Verfahren noch nicht
 41 abgeschlossen ist, zittern vor der oft als willkürlich wahrgenommenen Entscheidung der
 42 Ausländerbehörde, diejenigen, deren Verfahren nicht erfolgreich war, müssen jede Minute damit
 43 rechnen, festgenommen, in Abschiebehaft gesteckt und abgeschoben zu werden. Das betrifft auch
 44 Menschen, die nach etlichen Jahren des Aufenthalts hier fest verwurzelt sind und hier ihr Zuhause
 45 haben. DIE LINKE möchte nicht, dass Menschen in Angst vor Abschiebung leben müssen und setzt
 46 sich daher bundesweit für einen Abschiebestopp ein.

47 Klar ist auch: Menschenrechte gelten für alle Menschen. Daher dürfen auch Straftäter und sogenannte
 48 „Gefährder“ nicht nach Afghanistan abgeschoben werden. Das Asyl- und Flüchtlingsrecht soll
 49 Menschen vor Verfolgung und Gefahren für Leib und Leben schützen – auch Leib und Leben von
 50 straffälligen Personen sind selbstverständlich zu schützen. DIE LINKE lehnt eine solche Vermischung
 51 von Straf- und Asylrecht ab. Gerade wenn Rechtspopulisten Flüchtlinge ständig als Bedrohung
 52 darstellen und Flüchtlinge diesen Generalverdacht in Form von „racial profiling“ täglich zu spüren
 53 bekommen, ist es wichtig, dass DIE LINKE hier klare Kante zeigt und keinesfalls in den
 54 rechtspopulistischen Kanon einstimmt. Deswegen:

- 55 – Bleiberecht für alle
- 56 – Abschiebungen stoppen
- 57 – Refugees welcome

Begründung: erfolgt mündlich

Entscheidung des Parteitag:

Angenommen: Abgelehnt: Überwiesen an: _____

¹¹ So in Brandenburg:

https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w6/drs/ab_6100/6143.pdf

Antrag:**G.3.**

Antragsteller/innen:

Kreisverband Kraichgau-Neckar-Odenwald, Kreisverband Rhein-Hardt, LAG Antikapitalistische Linke Baden-Württemberg, Elke Zetl, OV-Sprecherin Bruchsal, Jürgen Creutzmann, Kreissprecher KV Karlsruhe, Kreisrat Lkr. Karlsruhe

Der Parteitag möge beschließen:**1 Keine Regierungskoalitionen auf Bundesebene mit neoliberalen Parteien**

2 Wir lehnen Regierungskoalitionen zwischen der Partei DIE LINKE einerseits und neoliberalen Parteien
3 wie der SPD oder Bündnis 90/Die Grünen andererseits ab. Wir lassen uns dabei von den folgenden
4 Grundsätzen leiten:

- 5 – ESM, Schuldenbremse, CETA & TTIP werden künftige Regierungen ohnehin handlungsunfähig
6 machen. Die Gestaltungsmöglichkeiten künftiger Bundesregierungen für eine soziale Politik
7 werden äußerst gering sein. Im Extremfall werden ESM und Schuldenbremse den Staatsbetrieb
8 komplett lahm legen.
- 9 – An den Hartz IV - Gesetzen, an Leiharbeit und an ihren ergänzenden Bestimmungen zur Knechtung
10 der Menschen ist gar nichts gut. Sie müssen ersatzlos abgeschafft werden.
- 11 – Wir wollen unter keinen Umständen, dass die Repräsentanten unserer Partei Rüstungsexporten
12 und Auslandseinsätzen der Bundeswehr zustimmen. Der Rüstungsetat muss deutlich zugunsten
13 gemeinnütziger Projekte zurückgefahren werden. Die NATO muss aufgelöst werden.
- 14 – Wir wollen keine imperialistischen Kriege mittragen, die unter dem Vorwand eines Schutzes von
15 Menschenrechten („Responsibility to protect“) nur den Zweck haben, die Ressourcen und Märkte
16 von Ländern außerhalb Europas zu kontrollieren. In der Folge werden die Menschen in diesen
17 Ländern gezwungen, ihre Heimat zu verlassen und die lebensgefährliche Flucht nach Europa zu
18 wagen.

19 SPD und Bündnis 90/Die Grünen verfolgen eine diesen Grundsätzen entgegenstehende Politik, die sie
20 auch nicht aufgeben können. Wir fordern die Repräsentanten unserer Partei daher auf, von allen
21 Planungen und Aktivitäten Abstand zu nehmen, die eine Beteiligung von Vertretern der Partei DIE
22 LINKE an Regierungskoalitionen zum Ziel haben.

23 Die Partei DIE LINKE muss stattdessen ihre unabhängige Politik sowohl außerhalb als auch innerhalb
24 des Bundestages fortsetzen. D.h. außerhalb des Parlamentes muss sie überparteiliche Bündnisse
25 unterstützen, eigene Protestaktionen planen und den Widerstand gegen neoliberale Politik in der
26 Gesellschaft organisieren. Im Bundestag muss sich die Linksfraktion als Sprachrohr der Menschen
27 verstehen und dem Protest auf der Straße eine Stimme geben. Sie muss Missstände thematisieren,
28 unterstützende Anträge stellen sowie Organklagen bzw. Verfassungsklagen einreichen.

29 Die Partei DIE LINKE muss andere Parteien als korrupt und als Teil des Problems entlarven, sich von
30 deren neoliberaler Politik distanzieren und das destruktive Wesen dieser Parteien sichtbar machen.

Begründung:

Es gibt viele Hinweise, dass die Entscheidung für ein Regierungsbündnis einen Massenaustritt von Mitgliedern sowie einen großen Imageschaden für unsere Partei zur Folge hätte. Daran kann niemand interessiert sein. Deshalb sind alle Sirengesänge von Interessengruppen und Medien zurückzuweisen, die eine r2g-Koalition herbeireden wollen.

Es ist besser, wenn wir in der Opposition stärker werden und dabei unsere Glaubwürdigkeit bewahren, statt unter Koalitionszwängen eine Politik zu verantworten, die niemand von uns will. Wir brauchen

eine klare antikapitalistische Politik, die den Herausforderungen der kommenden Jahre glaubhaft begegnet.

Im Zuge der neuen industriellen Revolution (Industrie 4.0) werden den Prognosen zufolge mindestens weitere 30 Prozent der heute existierenden – auch hochqualifizierten – Arbeitsplätze entfallen. Die Gewinne der Eigentümer an den Produktionsmitteln hingegen werden weiter explodieren.

Dadurch wird die Kluft zwischen Arm und Reich noch weiter auseinander gehen. Wir brauchen deshalb eine neue, den Menschen dienende Wirtschaftsordnung, die die verbleibende Arbeit gerecht verteilt und allen Menschen ein würdiges Leben bietet. Der Reichtum ist vorhanden. Er muss nur gerecht verteilt werden.

Der sogenannte „Europäische Stabilitätsmechanismus“ (ESM), die vom neoliberalen Parteienblock in das Grundgesetz übernommene „Schuldenbremse“ sowie die Freihandelsabkommen CETA & TTIP werden künftige, dem jetzigen Wirtschaftssystem verpflichtete Regierungen handlungsunfähig machen. Die vielen Probleme der Gesellschaft könnten nicht gelöst werden. DIE LINKE würde als Partnerin in einer neoliberal dominierten Koalition zum Teil des Problems. Sie würde von den Menschen nicht mehr als Teil der Lösung wahrgenommen.

Ein rechnerischer Wahlsieg von DIE LINKE, SPD und Bündnis 90/Die Grünen macht noch lange keine neue Politik. Er kann – wie das Beispiel Griechenland zeigt – in einem Desaster für DIE LINKE münden.

Widerstände gegen eine linke Politik sind beispielsweise von NATO, EU, Lobbyisten und Medien zu erwarten. Aber auch die tonangebenden rechten Kräfte in der SPD und bei Bündnis 90/Die Grünen sind als Risikofaktoren zu benennen. Das zeigen auch die Vorkommnisse in einigen Nachbarländern.

In Großbritannien haben Generäle sogar offen mit einem Putsch gedroht, wenn Jeremy Corbyn Premierminister werden sollte. Das Beispiel Corbyn macht die fehlenden Voraussetzungen für ein mögliches Bündnis von SPD und Linkspartei deutlich: Das Spitzenpersonal von SPD und Bündnis 90/Die Grünen ist zu einem erheblichen Teil anderen Interessen verpflichtet. Es würde eine Politik im Interesse der Menschen torpedieren.

Vor allem die führenden Politiker der SPD sind in besonderer Weise von Korruption und Untreue gegenüber dem Gemeinwohl betroffen. Wer CETA, TTIP und Auslandseinsätze der Bundeswehr unterstützt und Rüstungsexporten an die blutigsten Regime der Welt zustimmt, hat keine Berührungspunkte mit der Partei DIE LINKE. Er hat sich für eine r2g-Koalition disqualifiziert.

Eine formelle Absage der SPD an eine Neuauflage der Großen Koalition reicht nicht aus, um für die Partei DIE LINKE als Koalitionspartner akzeptabel zu sein. In der SPD müsste eine komplette personelle Erneuerung auf Bundes- und Landesebene stattfinden, die ein Zurück in neoliberale Trampelpfade unmöglich macht. Der Seeheimer Kreis müsste komplett entmachtet werden. Sonst wiederholt sich das, was wir in Großbritannien beobachten können: Jeremy Corbyn ist dort zwar der Hoffnungsträger von Labour. Gleichzeitig sägen seine innerparteilichen Feinde massiv an seinem Stuhl. In Brasilien hat der ehemalige Koalitionspartner Michel Temer die sozialdemokratische Staatspräsidentin Dilma Rousseff durch einen Putsch gestürzt und ein neoliberales Regime errichtet.

r2g ist eine Falle! Sie wird der Linken schweren Schaden zufügen und muss verhindert werden!

Ergänzende Informationen und Hinweise finden sich auf den Websites der antragstellenden Organisationen.

Entscheidung des Parteitages:

Angenommen: Abgelehnt: Überwiesen an: _____

Antrag:**G.4.**

Antragsteller/innen:

LAG "Weg mit Hartz IV!" NRW, KV Aachen

Der Parteitag möge beschließen:**1 Unverzichtbare rote Haltelinien - Grundrechte für alle Menschen**

2 Die sozialpolitischen Positionen der LINKEN sind nicht verhandelbar!

3 Sozialpolitik ist Bildungspolitik, Rentenpolitik, Wohnungsbaupolitik, Asylpolitik, Verkehrspolitik,
 4 Energiepolitik, Steuerpolitik, Gesundheitspolitik und Familienpolitik, welche die neoliberalen Parteien
 5 mit der Agenda 2010 so verändert haben, dass der frühere Sozialstaat heute nicht mehr als solcher
 6 erkennbar ist. Die fortschreitende Verelendung hat Teile der Mittelschicht aufgefressen und wird
 7 durch Industrie 4.0/Agra 4.0/Büro 4.0 und durch die Umstellung der Autoindustrie vom
 8 Verbrennungsmotor auf E-Antrieb noch mehr als 20 Millionen Arbeitsplätze kosten. Hierauf sind die
 9 neoliberalen Parteien nicht vorbereitet.

10 Das menschenverachtende neoliberale System schiebt immer mehr Menschen weiterhin ins Prekariat.
 11 Das bedeutet, dass später den Menschen Altersarmut droht und diese somit als
 12 Sozialhilfeempfänger*innen enden. DIE LINKE tritt entschlossen dem neoliberalen
 13 Raubtierkapitalismus von CDU/CSU, SPD, AfD, FDP und den Grünen entgegen. Die Agenda 2010
 14 muss sofort rückabgewickelt werden! An dieser Stelle fordert DIE LINKE eine knallharte
 15 Steuergerechtigkeit.

16 2016 sind die Hartz-IV-Gesetze das 9. Mal massiv verschärft worden. Die Regelbedarfsermittlung
 17 2017 ist zum x-ten Mal verfassungswidrig verlaufen. Die große Koalition will weitere Kürzungen
 18 beschließen, um für die unstillbare Gier von Kapitaleignern wie Banken und Konzernen, noch mehr
 19 Macht und noch mehr Geld bereitzustellen. Aufstocker*innen, Alleinerziehende,
 20 Grundsicherungsberechtigte, Arbeitssuchende und Sozialgeldbezieher*innen werden ständig durch
 21 die Mitwirkungspflicht mit Kürzungen des Existenzminimums bedroht und zum sogenannten
 22 „Wohlverhalten“ erpresst. Reguläre Arbeitsverhältnisse werden konsequent abgebaut. Leiharbeit,
 23 Minijobs und Arbeitsgelegenheiten werden zum Regelfall. Das Erarbeiten einer armutsfesten Rente ist
 24 für viele schon heute unmöglich.

25 Koalitionsverhandlungen sind daher nur möglich, wenn sich SPD und Grüne öffentlich zu einer
 26 Rückabwicklung von der Agenda 2010 bekennen! Mit diesem Beschluss geben wir der
 27 Bundestagsfraktion und den einzelnen Bundestagsabgeordneten der Partei DIE LINKE eine eindeutige
 28 Orientierung für die Zeit nach den Bundestagswahlen 2017.

Begründung:

siehe Antragstext

Entscheidung des Parteitages:
 Angenommen: Abgelehnt: Überwiesen an: _____

Antrag:**G.5.**

Antragsteller/innen:

Lucy Redler (PV), Thies Gleiss (PV), Antikapitalistische Linke
(Bundesverband)**Der Parteitag möge beschließen:****1 Resolution zum Wahlprogramm**

- 2 1. Der Parteitag beschließt folgende Resolution als Zusatz-Text zum beschlossenen
3 Bundestagswahlprogramm 2017. Sie soll unabhängig vom Programm, aber als Paket beschlossen
4 und als verbindliche Richtlinie im Wahlkampf verwendet werden.
5
- 6 2. Für einen Politikwechsel – was bedeutet das?
7 Das Bundestagswahlprogramm der LINKEN, das am 9.-11. Juni 2017 in Hannover verabschiedet
8 wurde, beruft sich an verschiedenen Stellen auf die unbedingte Notwendigkeit eines
9 „Politikwechsels“, damit die Lage der großen Mehrheit der Menschen in Deutschland zukünftig
10 verbessert wird.
11 Was verstehen wir unter „Politikwechsel?“ Die politische Gesamtsituation in Deutschland ist kein
12 zufälliges Ergebnis. Die Politik
13 – der Umverteilung von Unten nach Oben;
14 – der Steuerungerechtigkeit;
15 – der Privatisierung öffentlicher Aufgaben und des Verkaufs öffentlichen Eigentums;
16 – der Verbilligung der Arbeitskosten durch Schaffung eines Niedriglohnssektors;
17 – der faktischen Zwangsarbeit und Sanktionspraxis gegenüber den Erwerbslosen;
18 – der Zerschlagung des umlagefinanzierten Rentensystems;
19 – der zunehmenden Entdemokratisierung und Bildung stärkerer Elemente eines
20 Überwachungsstaates;
21 – der rassistischen Ausgrenzung von Geflüchteten und Separierung nach ökonomisch
22 nützlichen und unnützen Migrant*innen;
23 – der menschenrechtswidrigen Abschiebep Praxis unerwünschter Personen;
24 – der wachsenden Militarisierung der Außen-, aber auch der Innenpolitik, innerhalb des Nato-
25 Bündnisses und in Sonderstrukturen;
26 – der Politik der Freihandelsverträge auf Kosten der armen Welt und der Sozial- und
27 Umweltstandards hier;
28 – die Festigung der Europäischen Union als ein Wirtschaftsbündnis zur Realisierung der Profite
29 von Banken und Konzernen unter der Vorherrschaft Deutschlands;
30 – der kaum gebremsten Zerstörung von Klima und Umwelt zum ungestörten Nutzen privater
31 Kapitalinteressen;
32 – der allgemeinen Spaltung der Gesellschaft und Umsetzung der Politik ausschließlich nach den
33 Interessen einer kleinen, ökonomisch herrschenden Schicht ist kein Unfall, Fehler oder ein
34 unabwendbarer Schicksalsschlag. Sie ist stattdessen bewusst gewolltes, mindestens jedoch
35 bewusst als mögliche Folge in Kauf genommenes Ergebnis der Politik aller Regierungen der
36 letzten drei Jahrzehnte und wurde auch bereits in der Kohl-Ära systematisch angelegt. Alle
37 Parteien, die an diesen Regierungen beteiligt waren – CDU, CSU, FDP, SPD und Die Grünen –
38 haben diese Politik gewollt und keine von ihnen hat sich bis heute von dieser Politik
39 distanziert oder einen anderen Politikweg vorgeschlagen.
- 40 Die LINKE fordert deshalb in allen wesentlichen Politikfeldern eine eindeutige Umkehr von der
41 bisher verfolgten Politik. Einzelne Verbesserungsmaßnahmen, die womöglich noch mit weiteren

42 Verschlechterungen auf anderen Gebieten „verrechnet“ werden, reichen nicht aus; das alleinige
43 Auswechseln von Personen und Verantwortlichen schon gar nicht.

44 3. Eine neue Richtung der gesamten Politik muss eingeschlagen werden.
45 Das Wahlprogramm der LINKEN ist in seiner grundsätzlichen Ausrichtung keine
46 Verhandlungsmasse – weder bei Sondierungs- oder Koalitionsgesprächen für eine mögliche
47 Regierungsunterstützung noch bei Politikabsprachen in der Opposition. Es muss für die breiteste
48 Mehrheit der Bevölkerung erkennbar sein, dass eine neue Richtung eingeschlagen wird: Für Junge
49 und Alte, Männer und Frauen, Erwerbstätige und Erwerbslose, Menschen mit deutschem Pass und
50 Menschen ohne diesen; für Eingeborene und Zugewanderte.

51 Für DIE LINKE bedeutet dies

- 52 – eine sofortige Beendigung der Umverteilung von Unten nach Oben;
- 53 eine Steuerpolitik, die bestehende Ungerechtigkeiten behebt und die Umverteilung von Oben
- 54 nach Unten fördert;
- 55 – eine absoluter Stopp der Privatisierung gesellschaftlicher Aufgaben und des Verkaufs
- 56 öffentlichen Eigentums;
- 57 – stattdessen die Rückführung privatisierter Sektoren der Daseinsvorsorge (Bahn, Post,
- 58 Energie- und Wasserversorgung, Gesundheit, Bildung, öffentlicher Verkehr und Entsorgung) in
- 59 die öffentliche Hand;
- 60 – die Abschaffung des Niedriglohnsektors durch allseitige sozial abgesicherte und vollwertige
- 61 Beschäftigungsverhältnisse und Erhöhung des Mindestlohnes auf 12 Euro;
- 62 – ein Stopp des gesamten Hartz IV-Regimes, der Sanktionen und Entwürdigungen sowie
- 63 Sicherung der Qualifikation und Einkommen der Beschäftigten auch im Falle der
- 64 Erwerbslosigkeit;
- 65 – die Wiederherstellung eines umlagefinanzierten Rentensystems, das für ein sorgenfreies
- 66 Leben im Alter sorgt;
- 67 – Rücknahme der Gesetzespakete zur stärkeren Überwachung der Bevölkerung und Ausbau der
- 68 demokratischen Beteiligungs- und Entscheidungsmöglichkeiten;
- 69 – sofortige Beendigung der Abschiebepaxis und stattdessen eine menschliche Behandlung
- 70 aller Geflüchteten sowie politische Gleichstellung der MigrantInnen;
- 71 – sofortige Beendigung der deutschen Militäreinsätze im Ausland, Verbot der Waffenexporte
- 72 und der Beginn einer umfassenden Abkehr von Rüstungswirtschaft und Bundeswehrausbau
- 73 sowie der einseitige Austritt Deutschlands aus den militärischen Strukturen der Nato;
- 74 – die Beendigung der Verhandlungen über Freihandelsverträge TTIP, CETA und TISA;
- 75 – eine Initiative für ein anderes Europa von Unten, gegen die Banken und Konzerne;
- 76 – eine deutsche Vorreiterrolle beim Ausstieg aus der Atom- und Kohleenergieversorgung, ein
- 77 Kohleausstiegsgesetz und ein Verbot internationaler Atomgeschäfte;
- 78 – wirksame Maßnahmen zum Ausstieg aus der Autogesellschaft und der Verwendung von
- 79 Verbrennungsmotoren;
- 80 – eine generelle Politik, die soziale Gleichheit, Chancengleichheit und gerechte
- 81 Vermögensverteilung als Leitwerte hat.

82 DIE LINKE wird jede kommende Regierungspolitik an diesen Maßstäben messen. Sie wird sich an
83 keinen Verhandlungen beteiligen, die einen solchen Politikwechsel nicht zum Ziel erklären oder
84 die einzelne dieser notwendigen Änderungen gegeneinander aufrechnen.

Begründung: Notwendige Klarstellung nach Verabschiedung von 100 Seiten Wahlprogramm.

Entscheidung des Parteitages:		
Angenommen:	<input type="checkbox"/>	Abgelehnt: <input type="checkbox"/>
Überwiesen an: _____		

Antrag:**G.6.**

Antragsteller/innen: DIE LINKE Kreisverband Bodensee; DIE LINKE Kreisverband Wittmund; DIE LINKE Vorstand Bezirksverband Hamburg-Altona; BAK Gerechter Frieden Nahost; AKL Baden-Württemberg; AKL Niedersachsen; AKL Nordrhein-Westfalen; LAG Frieden und Internationale Politik Bayern; LAG Frieden und Internationale Politik NRW; LAG Gerechter Frieden Nahost Niedersachsen; LAG Queer Niedersachsen; Gabi Bieberstein – KV Bielefeld; Andreas Brändle – Delegierter Hannover; Martin Breidert - KV Rhein-Sieg; Heinrich Brinker - Sprecher Die Linke Kreis Esslingen; Hannah Bruns – Delegierte Linksjugend-Solid; Kerstin Cademartori – Delegierte AKL; Isabelle Casel – KV Bonn; Irfan Cure – Delegierter Bezirk Hamburg-Altona; Wolfgang Dominik - KV Bochum; Prof. Dr. Wolfgang Dreßen – Kreisverband Düsseldorf; Jules El-Khatib - Delegierter Linkjugend Solid; Eckhard Fey – Bezirk Hamburg Altona; Sylvia Gabelmann - Delegierte KV Siegen-Wittgenstein; Thies Gleiss - Mitglied im Parteivorstand; Annette Groth - MdB; Inge Höger - MdB; Ulla Jelpke – MdB; Marlit Klaus – Bezirk Hamburg Altona; Dr. Karin Kulow – Berlin-Friedrichshain-Kreuzberg, OV Südwest; Anette Mücke – Delegierte KV Hildesheim; Jürgen Olschok - Delegierter Bezirksverband Hamburg-Mitte; Prof. Norman Paech - Hamburg; Reinhold Riedel - Kreisrat, Mitglied der Fraktion DIE LINKE im Kreistag Esslingen; Helmut Schaper – Delegierter KVe Krefeld, Neuss, Viersen und Mönchengladbach; Peter Strathmann – Delegierter KVe Göttingen/Osterode, Northeim & Holzminden; Ronald Wilken – DIE LINKE Hamburg-Mitte

Der Parteitag möge beschließen:**1 Für ein Ende der Besatzung in Palästina und der Gaza-Blockade**

2 **(1)** Heute vor 50 Jahren, am 10. Juni 1967 endete der 6-Tage-Krieg. Damit begann die israelische
3 Besatzung des Golan, Gazas und der West Bank, einschließlich Ost-Jeruselems, die sich durch
4 fortschreitende Kolonisierung und Siedlungsbau zusehends verschärft, und zwar mit dem von Israel
5 inzwischen erklärten Ziel, diese Besatzung unumkehrbar zu machen.

6 Zugleich erinnern wir heute an 100 Jahre Balfour-Deklaration, in welcher die damalige Kolonialmacht
7 Großbritannien einseitig die Schaffung einer jüdischen Heimstätte zusagte, oder, wie es einst Arthur
8 Koestler ausdrückte, in der eine Nation einer anderen Nation das Land einer dritten ungefragten
9 Nation versprach.

10 Dieses Jahr jährt sich insbesondere der UN-Teilungsplan zum 70. Mal, der für Israel zur „Hatzma'ut“,
11 der Unabhängigkeit führte, aber für die Palästinenser*innen zur „Nakbah“, jener Katastrophe, in deren
12 Zuge die dauerhafte Vertreibung von 750.000 Palästinensern und die Zerstörung von 530 ihrer Dörfer
13 zu beklagen waren.

14 Und schließlich jährt sich zum zehnten Male die Verhängung der israelischen Totalblockade über
15 Gaza, die verheerende Lebensbedingungen, Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit zur Folge hat.

16 **(2)** Während eines nunmehr halben Jahrhunderts anhaltender Militärbesatzung betreibt Israel
17 systematisch Menschenrechtsverletzungen und macht sich „flagranter Verstöße gegen das
18 Völkerrecht“ schuldig, wie Resolution 2334 des UN-Sicherheitsrats vom Dezember 2016 zutreffend
19 feststellte. Die Besatzung stellt einen großangelegten Prozess andauernder Land-Enteignungen von
20 Palästinenser*innen und den Entzug ihrer Existenzgrundlagen dar; hierzu zählen die forcierte
21 Verdrängung der Palästinenser*innen aus Ost-Jerusalem, die Zerstörung von Häusern und
22 Infrastruktur, die vollständige Kontrolle Israels über die Wasserressourcen und die Apartheidmauer
23 sowie auch die angekündigte Vertiefung des Siedlungsbaus, insbesondere unter den neuen
24 Vorzeichen der Trump-Administration. Hierzu zählt ebenso die inzwischen zehnjährige Totalblockade
25 des Gazastreifens, welche verheerende Lebensbedingungen erzeugt und seine Bewohner*innen in
26 Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit stürzt – ganz zu schweigen von den wiederkehrenden

27 militärischen Angriffen auf die wehrlose Zivilbevölkerung, welche der Bundestag 2010 zwar in Worten
 28 aber ansonsten folgenlos verurteilt hat. Militärbesatzung bedeutet zudem ein vollständiges System
 29 ständiger Unterdrückung, die einhergeht mit zurzeit über 7000 Gefangenen in Militärhaft, darunter
 30 über 400 Kinder.

31 Diese Fakten sind das Ergebnis von über 100 Jahren Verweigerung der grundlegenden Rechte des
 32 palästinensischen Volkes; sie dürfen und können nicht länger hingenommen werden.

33 Innerhalb Israels besorgt uns die scharfe Rechtsentwicklung, die sich vor allem gegen die eigenen,
 34 israelischen Besatzungsgegner*innen richtet und mit zum Teil drakonischen Strafen jegliche
 35 Opposition gegen die Besatzung kriminalisieren und zum Schweigen bringen soll. Angesichts dieser
 36 rasanten Entwicklung in Israel und seiner inzwischen fast unverhohlenen Annektionspläne, muss die
 37 Partei DIE LINKE dringend Stellung beziehen.

38 Die israelische Regierung unter Netanyahu hat sich längst von der Zweistaatenlösung verabschiedet
 39 und baut an einer Zementierung der Besatzung während der nächsten 50 Jahre. Wir betonen: Die
 40 Palästinenser*innen können nicht noch ein weiteres Jahrhundert auf Selbstbestimmung warten, die
 41 ihnen eigentlich schon 1917, vor hundert Jahren zugestanden hätte. Die Besatzung muss beendet, die
 42 Blockade sofort aufgehoben werden.

43 **(3)** In seiner Rede vor der UN im Dezember 2016 hat Außenminister Kerry all diese Umstände
 44 eindringlich aufgeführt. Mit ihrer klaren und scharfen Verurteilung israelischer
 45 Menschenrechtsverletzungen hat die ausgehende Obama-Administration ein gutes, alternatives
 46 Gegenbeispiel für „Staatsräson“ im Sinne des Völkerrechts vorgelegt. Inzwischen haben wir eine neue,
 47 höchst gefährliche US-Administration und eine klare Stimme der EU und hier v.a. der Bundesregierung
 48 wäre nötiger denn je. Aber die große Koalition unter Merkel und Gabriel scheint selbst hinter den
 49 Minimalforderungen Obamas und des UN-Sicherheitsrats zurückbleiben zu wollen. Sie bewegt sich
 50 damit auf Trump zu. Sie verharmlost Israels Politik, wenn sie z.B. den illegalen Siedlungsbau als bloßes
 51 „Hemmnis für den Friedensprozess“ bezeichnet und steht in Nibelungentreue zu Netanyahu und
 52 seiner rechtesten aller Regierungen in der Geschichte Israels.

53 Israels systematische Völkerrechtsverletzungen dürfen von der Bundesregierung nicht weiterhin
 54 lediglich ‚mit Bedauern‘ zur Kenntnis genommen werden, sondern Deutschland und der Westen sollten
 55 ein klares Zeichen setzen. Es ist höchste Zeit, dass den Worten unzähliger UN-Resolutionen endlich
 56 Taten folgen, wenn die EU und Deutschland sich nicht der Kumpanei und Mitschuld an den Verstößen
 57 und Verbrechen der Besatzung mitschuldig machen wollen.

58 **(4)** Darum fordern wir: DIE LINKE fordert die zeitweilige und bedingte Aussetzung des EU-
 59 Assoziierungsabkommens mit Israel bis zu dem Zeitpunkt, da Israel die in Artikel 2 eindeutig
 60 benannten Voraussetzungen aller Vertragspartner zur Einhaltung der Menschenrechte und des
 61 Völkerrechts und damit zur Beendigung der Besatzung und vollständigen Aufhebung der Blockade
 62 Gazas erfüllt.

Begründung

Die Zeit der Untätigkeit und bloßen Worte des Bedauerns muss heute, ein halbes Jahrhundert nach
 Beginn der Besatzung und ein Jahrhundert nach Balfour endlich zum Ende kommen. Denn die
 verlorene Zeit bedeutet, dies zeigen uns über ein Vierteljahrhundert vergeudeteten Friedensprozesses,
 nicht einfach Stillstand; die Zeit läuft gegen die Palästinenser*innen und gegen die Durchsetzung
 grundlegender Menschen- und politischer Rechte. Als mit Abstand größtem Handelspartner Israels
 kommt der EU eine besondere Verantwortung zu.

Die Aussetzung des Assoziierungsabkommens zwischen Israel und der EU wäre ein klares Signal an
 die israelische Regierung, dass die EU weitere Menschenrechtsverletzungen und Verstöße gegen das
 Völkerrecht nicht länger hinnimmt.

Schon lange fordern Hunderte zivilgesellschaftlicher Organisationen – nicht zuletzt in Israel – und die
 EU-Parlamentariergruppe ein Aussetzen des Assoziierungsabkommens, wie die EU das gegenüber Sri

Lanka aufgrund anhaltender Menschenrechtsverletzungen gegen die tamilische Bevölkerung getan hat.

Nur durch eindeutige praktische Schritte können die vielen Besatzungsgegner*innen in Israel und den besetzten Gebieten wirkungsvoll unterstützt und kann internationalem Recht Geltung verschafft werden.

Entscheidung des Parteitages:		
Angenommen:	<input type="checkbox"/>	Abgelehnt: <input type="checkbox"/>
Überwiesen an: _____		

Antrag:

G.7.

Antragsteller/innen: Ellen Brombacher (Berlin Mitte, Delegierte), Tobias Baumann (Berlin Tempelhof-Schöneberg), Gunhild Berdal (Geraer Sozialistischer Dialog, Delegierte mit beratender Stimme), Götz Bockmann (KV Donau-Ries / Dillingen), Heidemarie Boulnois (Bundesausschuss, Delegierte mit beratender Stimme), Reiner Boulnois (KV Waldeck-Frankenberg), Raimon Brete (Chemnitz), Arne Brix (KV Wolfsburg, Delegierter), Jürgen Creutzmann (KV Karlsruhe, Delegierter), Klaus Curth (KV Potsdam-Mittelmark), Christian Dietrich (Berlin Mitte), Ulrike Domes (KV Hildesheim), Christine Dommer (KV Wartburgkreis-Eisenach), Jochen Dürr (BAG betrieb & gewerkschaft, Delegierter), Julian Eder (KV Wetterau), Anja El Fechtali (KV Wetterau, Delegierte), Rim Farha (Kommunistische Plattform, Delegierte), Dorothea Feuerbach (Erfurt), Alexander Frehse (KV Potsdam, Delegierter), Kerstin Fremder-Sauerbeck (Hamburg, Delegierte), Gisela Funke (KV Gotha), Willi Funke (KV Gotha), Regina Girod (Berlin), Kristian Glaser (Hamburg Mitte, Ersatzdelegierter), Victor Grossman (Berlin), Rolf Hamann (SV Salzwedel, Delegierter), Christian Harde (KV Tübingen), Bodo Hinkel (Kommunistische Plattform, Ersatzdelegierter), Heidemarie Hinkel (KV Havelland), Christoph Ulrich Hinrichs (KV Plön), Nicola Hofediener (Hamburg Wandsbek), Dietrich Holz (Dresden), Stephan Jegielka (Berlin Mitte, Ersatzdelegierter), Dr. Ursula Joseph (Berlin Pankow), Harald Jürgensonn (Kommunistische Plattform, Delegierter), Thiemo Kirmse (SV Chemnitz, Delegierter), Prof. Dr. Hermann Klenner (Marxistisches Forum), Wulf Kleus (Kommunistische Plattform, Delegierter), Tilo Köhler (Erfurt), Christiane Kranz (Gotha), Doris Krause (Berlin Lichtenberg), Wolfgang Kronschwitz (KV Bautzen), Rita Krüger (KV Hildesheim, Delegierte), Horsta Krum (Kommunistische Plattform, Ersatzdelegierte), Gerhard Langguth (Berlin), Uli Lenz (KV Rhein-Lahn, Delegierter), Siegfried Lorenz (Berlin), Klaus Lübberstedt (Hamburg-Harburg), Ulrik Ludwig (Hamburg), Erika Mauerhoff (Erfurt), Saskia Mestern (Hamburg Nord), Bernd Mewes (Berlin Pankow), Alois Mittermüller (München), Dr. Manfred Mocker (Berlin Mitte), Ireneusz Motylewicz (KV Mittelsachsen), Anette Mücke (KV Hildesheim, Delegierte), Charlotte Müller (Erfurt), Dr. Alexander S. Neu (MdB), Elke Nordbrock (Hamburg), Christian Oberthür (Rosenheim), Prof. Dr. Norman Paech (Hamburg), Erich Postler (KV Greiz), Conny Reinhard (Bundesausschuss, Delegierte mit beratender Stimme), Jörn Rieken (Berlin), Dr. Johanna Scheringer-Wright (Ökologische Plattform, MdL, Delegierte), Heike Schikore (Berlin Mitte), Dora Schmidt (Berlin Mitte), Mario Schramm (KV Freiburg), Wilfried Schubert (Güstrow), Brita Schulz (KV Potsdam), Carsten Schulz (Berlin Tempelhof-Schöneberg, Delegierter), Heinz-Peter Schwertges (KV Karlsruhe), Jörg F. Simon (Berlin Tempelhof-Schöneberg), Dr. Peter Strathmann (KV Göttingen, Delegierter), Helmut Strehl (Erfurt), Waltraud Tegge (KV Mecklenburgische Seenplatte, Ersatzdelegierte), Heinz Thormann (Erfurt), Hannelore Trezibiatowski (Berlin Lichtenberg), Heinz Trezibiatowski (Berlin Lichtenberg), Elisabeth Umezulike (KV Soest), Dr. Volkmar Vogel (Berlin), Ursula Wahlert (KV Bodenseekreis), Thea Weißbach (Berlin Lichtenberg), Dr. Friedrich Wolff (KV Oberhavel), Ulrich Wunderlich (KV Teltow-Fläming), Walter Zeckel (Berlin Lichtenberg), Harald Zieseniß (KV

Mecklenburgische Seenplatte),
 Basisorganisation 38 Berlin Lichtenberg (Beschluss vom 26.04.2017), Bezirksvorstand Berlin
 Tempelhof-Schöneberg (Beschluss vom 27.04.2017), Cuba Sí (Beschluss vom 26.04.2017),
 Kommunistische Plattform (Beschluss vom 20.04.2017)

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Bundeswehr raus aus Litauen!**

2 Anfang des Jahres wurden die ersten Bundeswehrsoldaten im Rahmen der massiven Aufrüstung der
 3 NATO nach Litauen verlegt. Sie landeten am 24. Januar 2017 in der Hauptstadt Vilnius. Deutsche
 4 Panzer stehen wieder an Russlands Grenzen. Das zeugt von unerhörter Geschichtsvergessenheit. Wir
 5 verlangen von der deutschen Bundesregierung, den Einsatz der Bundeswehr in Litauen umgehend zu
 6 beenden.

Begründung:

Deutsche Soldaten stehen wieder an Russlands Grenzen, als habe es den 22. Juni 1941 nicht
 gegeben, nicht die 27 Millionen toter Sowjetbürger, nicht 2.000 km verbrannter sowjetischer Erde,
 nicht die mehr als 600 niedergemachten Dörfer Beloruslands, nicht die Million Verhungerten
 während der Blockade Leningrads, nicht das bis auf die Grundmauern zerstörte Stalingrad.

Mit unglaublicher Arroganz wird all das ignoriert und stattdessen die gegen Russland gerichtete NATO-
 Politik mitgetragen, eine Politik die wiederum vor allem US-amerikanischen Interessen entspricht.

Nach wie vor sind die Worte des Stratfor-Chefs George Friedman vom Februar 2015 aktuell: »Der
 Punkt bei der ganzen Sache ist, dass die USA dazu bereit sind, einen ›Cordon sanitaire‹ um Russland
 herum aufzubauen – und Russland weiß das. Russland glaubt, die USA beabsichtigen, die Russische
 Föderation zu zerschlagen. Ich denke, wir wollen sie nicht töten, sondern sie nur etwas verletzen bzw.
 ihr Schaden zufügen. Jedenfalls sind wir jetzt zurück beim alten Spiel.«

Deutschland sollte sofort aus diesem alten Spiel aussteigen.

Entscheidung des Parteitages:		
Angenommen:	<input type="checkbox"/>	Abgelehnt: <input type="checkbox"/> Überwiesen an: _____

Antrag:

G.8.

Antragsteller/innen: Ilja Seifert, Mitglied des Parteivorstandes, Kathrin Vogler, MdB,
 Sonja Kemnitz, Referentin Gesundheits- und Pflegepolitik der Bundestagsfraktion, Prof. Dr. Heinrich
 Fink, Margit Glasow, Inklusionsbeauftragte des Parteivorstandes, Rolf Kohn, Sprecher der LWL
 Fraktion DIE LINKE, Helga Ebel, Mitglied des Landesratspräsidiums NRW, die BAG Gesundheit und
 Soziales, der Sprecher_innenrat der BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik, die BAG Senior_innen
 und die AG Christ_innen

Der Parteitag möge beschließen:

1 Für ein Leben in Würde - jenseits von Perfektion, Eugenik und Sterbehilfe

- 2 1. Es wird eine vom Parteivorstand zu berufende Ethik-Arbeitsgruppe innerhalb unserer Partei
- 3 gebildet, bestehend aus Mitgliedern von Kreisverbänden, Zusammenschlüssen und Fraktionen
- 4 sowie darüber hinaus Expert_innen und Interessierten.
- 5 2. Diese Ethik-Arbeitsgruppe stößt innerhalb unserer Partei eine Debatte darüber an, in was für einer
- 6 Gesellschaft wir leben wollen, welches Menschenbild das unsere ist und was es bedeutet, in
- 7 Würde zu leben und zu sterben.
- 8 3. Die Ethik-Arbeitsgruppe begleitet die bio- und medizinethische Diskussion und die relevanten
- 9 Gesetzgebungsvorhaben sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene, tritt jedweder
- 10 selektierenden Politik entgegen und unterbreitet den Gremien der Partei Empfehlungen.
- 11 4. Zur Umsetzung ihrer Arbeit wird die Ethik-Arbeitsgruppe mit einem entsprechenden Budget
- 12 ausgestattet.

Begründung:

Wir anerkennen, dass die moderne Medizin heute in der Lage ist, in einem Maße Leben zu retten, Krankheiten zu lindern oder gar zu heilen wie nie zuvor.

Wir sind aber gleichzeitig besorgt über gesellschaftliche Tendenzen, immer stärker danach zu trachten, den Menschen ständig weiter zu perfektionieren und die natürlichen Grenzen zu verschieben. Insbesondere die rasant fortschreitenden Technologien des 21. Jahrhunderts unterstützen dieses Streben nach Perfektion. Dabei folgen viele Angebote in unserem Gesundheitswesen vor allem wachstumsorientierten und profitablen Logiken. Das hat unmittelbare gesellschaftliche, politische, ethische, rechtliche und wirtschaftliche Konsequenzen - für die Gesellschaft und für das Leben und das Selbstbestimmungsrecht jedes Einzelnen, insbesondere behinderter oder schwerstkranker Menschen sowie derjenigen, die den Anforderungen einer Leistungsgesellschaft nicht - oder nicht mehr - entsprechen. Risiken zu erkennen und zu minimieren, wird dabei zunehmend zur Versicherten-„Pflicht“.

Wir stehen als Gesellschaft vor ethischen Herausforderungen, denen wir uns stellen müssen: Wir müssen Antworten suchen auf Fragen wie: Gibt es ein Menschenrecht auf höchstmögliche Gesundheit? Was bedeutet Fortschritt in der Medizin? Unter welchen Voraussetzungen darf Forschung stattfinden? Und vor allem: Welche Grenzen wollen wir uns in diesem Prozess setzen?

Den Mitgliedern der Partei DIE LINKE ist der Wunsch, Krankheit zu heilen, Behinderung zu vermeiden und ein langes, erfülltes Leben zu führen, zutiefst nachvollziehbar. Gleichzeitig anerkennen wir, dass es Leben ohne Krankheit und Tod, ohne Leid und Verlust nicht geben kann. Wir sind der Überzeugung, dass nicht alles - jetzt und in Zukunft - medizinisch-technisch Machbare auch umgesetzt werden darf. Für uns ist die Würde eines jeden Menschen unantastbar und darf nicht den Zielen eines kapitalistischen Wirtschaftssystems untergeordnet werden.

Unserer Auffassung nach bedürfen Untersuchungen an Menschen immer des Einverständnisses der Betroffenen. Einer Erweiterung des Zugriffs der Pharmaforschung auf Menschen, die Ziel, Wesen und Tragweite eines Arzneimittelversuchs nicht erfassen und ihren Willen nicht danach ausrichten können, treten wir deshalb entgegen.

Entscheidung des Parteitages:

Angenommen: Abgelehnt: Überwiesen an: _____

Antrag:**G.9.**

Antragsteller/innen: KPF Thüringen, KPF (Beschluss des Bundessprecherrates vom 24.04.2017), AKL (Beschluss des Bundessprecherrates), Johanna Scheringer-Wright, Delegierte und Mitglied des Parteivorstands, Ellen Brombacher, Delegierte, Lucy Redler, Mitglied des Parteivorstands, Thies Gleiss, Mitglied des Parteivorstands, Sascha Stanicic, Delegierter, Arne Brix, Delegierter und Mitglied des Parteivorstands, Ali Al-Dailami, Delegierter und Mitglied des Parteivorstands, Franziska Riekwald, Mitglied des Parteivorstands

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Überwachung der Partei DIE LINKE durch die Inlandsgeheimdienste**
 2 **beenden**

3 DIE LINKE fordert die Abschaffung der Inlandsgeheimdienste und lehnt die Erfassung der Partei DIE
 4 LINKE und deren Gliederungen als „extremistische Strukturen“ durch die Inlandsgeheimdienste
 5 entschieden ab. Wir fordern die Bundesregierung und die Landesregierungen auf, die Erfassung,
 6 Beobachtung und den Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel gegen DIE LINKE, ihre Gliederungen und
 7 Mitglieder sofort zu beenden.

Begründung:

Geheimdienste sind Fremdkörper in einer Demokratie. Anstatt Demokratie zu schützen, agieren sie mit zweifelhaften Mitteln. Nicht zuletzt der NSU-Skandal zeigt, dass sich Geheimdienste weder kontrollieren lassen, noch zur Aufklärung von Skandalen beitragen. Zudem wird durch die Inlandsgeheimdienste Politik gemacht, indem insbesondere linke Gruppen durch die Beobachtung, Erfassung und Dokumentation in den Verfassungsschutzberichten diskreditiert und behindert werden sollen.

Entscheidung des Parteitages:

Angenommen: Abgelehnt: Überwiesen an: _____

Antrag:**G.10.**

Antragsteller/innen:

Heike Hänsel (MdB), BV Tempelhof-Schöneberg (Berlin), AG
Cuba Sí**Der Parteitag möge beschließen:****1 Solidarität mit Venezuela!**

2 DIE LINKE verurteilt die Versuche der USA, der EU und der Organisation Amerikanischer Staaten, die
3 bestehenden Konflikte in Venezuela zu eskalieren und das Land zu destabilisieren. Wir fordern das
4 Ende des Handelskriegs, der sich gegen die venezolanische Wirtschaft und die Versorgung der
5 Bevölkerung richtet.

6 Die ökonomische und soziale Situation in Venezuela ist äußerst schwierig. Gerade deshalb braucht die
7 venezolanische Bevölkerung unsere Solidarität und konkrete Unterstützungsangebote. Auch die
8 Opposition in Venezuela ist aufgefordert, sich mit demokratischen, gewaltfreien Mitteln Gehör zu
9 verschaffen und sich einem nationalen Dialog über eine Verbesserung der wirtschaftlichen Situation
10 nicht zu verweigern.

11 Wir verurteilen gewalttätige Übergriffe. Die Verantwortlichen für die Toten während der
12 Demonstrationen müssen ausfindig gemacht und rechtsstaatlich verurteilt werden. Wir unterstützen
13 den Appell der UNO an alle Seiten, die Spannungen und die Polarisierung zu verringern und weitere
14 Zusammenstöße zu vermeiden.

15 DIE LINKE bleibt solidarisch verbunden mit ihren Partnerparteien in Lateinamerika, einschließlich der
16 sozialistischen Regierung in Venezuela. Wir verurteilen jedwede Bestrebungen die gewählte legitime
17 Regierung des Landes zu stürzen.

18 Die Bundesregierung fordern wir auf, einen Beitrag zu Dialog und Deeskalation in Venezuela zu leisten.

Entscheidung des Parteitages:

Angenommen: Abgelehnt: Überwiesen an: _____

Antrag:**G.11.**

Antragsteller/innen:

Bezirksverband DIE LINKE Hamburg-Mitte

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Solidarität statt G20 - für eine friedliche und gerechte**
 2 **Weltwirtschaftsordnung**

3 *»Das einzige, was wir nach der Lektüre des Kommuniqué sagen können ist, dass wir weiter mit hoher*
 4 *Arbeitslosigkeit rechnen können und die Risiken hoch bleiben«, sagte Tris Sainsbury, Direktor des G20-*
 5 *Zentrums am australischen Lowy-Institut.*

6 SPIEGEL ONLINE: "Große Probleme, keine Lösungen" zum letzten G20-Gipfel in China, 05.09.2016

7 Nach Planung der Bundesregierung und des Hamburger Senats soll der nächste G20-Gipfel im Juli
 8 2017 in Hamburg stattfinden. Bei diesen Gipfeln treffen sich, als Reaktion auf die seit 2008
 9 anhaltende tiefe Zivilisationskrise, die Regierungschefs und Finanzminister der 20
 10 wirtschaftsstärksten Nationen sowie zahlreichen Bankchefs wie auch Lobbyisten und inszenieren sich
 11 als Weltregierung - ohne jede Legitimation. Sie kommen nicht umhin, einige der großen Probleme
 12 dieser Zeit zu behandeln, wie die kriegerischen Eskalationen und Umweltzerstörung. Da sie aber
 13 bestrebt sind, die neoliberale (Un-)Ordnung zu retten, indem sie den „Freihandel“ (=Deregulierung)
 14 untereinander ausbauen (z.B. mit TTIP und CETA), die Austeritätspolitik forcieren und Lohn- und
 15 Steuerdumping verfestigen wollen, haben sie keine Antwort darauf. Die Gipfel sind Teil des Problems,
 16 nicht der Lösung.

17 Demgegenüber vertritt DIE LINKE die Überwindung des Rechts des Stärkeren und die umfassende
 18 Verwirklichung der menschlichen Würde. Das heißt: Frieden und Abrüstung, gute Ernährung und eine
 19 Gesundheitsversorgung, die gesund hält, Bildung, die aufklärt und Kultur, die befreit - für alle
 20 Menschen. Dafür engagieren wir uns unter anderem mit der Beteiligung an einem sozialen Gegengipfel
 21 der 7 Milliarden für Frieden und soziale Gerechtigkeit. Die Bevölkerung entscheidet selbst am besten,
 22 was für alle gut ist.

23 Hamburg ist eine weltoffene Hafenstadt mit einer aufgeklärten Universität und starker
 24 internationalistischer Arbeiter- und Friedensbewegung. Das kommt unter anderem in der großen
 25 Solidarität mit Flüchtlingen und der breiten Ablehnung von Waffenproduktion- und exporten zum
 26 Ausdruck. Hier hat sich die Mehrheit der Bevölkerung jüngst für den Rückkauf der Stromnetze in
 27 öffentliche Hand und gegen das Kommerz-Olympia des IOC ausgesprochen. Damit hat sie ein
 28 internationales Zeichen für (Re-)Kommunalisierung der Daseinsvorsorge, den Ausbau des Sozialstaats
 29 und gegen dekadente Großevents gesetzt.

30 Gegen diese Aufmüpfigkeit versuchen die Handelskammer und der rot-grüne Senat, Hamburg weiter
 31 zur „Standort-Metropole“ und „Global City“ zuzurichten. Dazu passt die Entscheidung der
 32 Bundesregierung, den G20-Gipfel in Hamburg veranstalten zu wollen. Diese Entscheidung ist also eine
 33 bewusste Provokation.

34 Den Gipfel in Hamburg sollen um die 15.000 Polizeikräfte absichern, Kameras den Innenstadtbereich
 35 überwachen und Absperrungen den Verkehr in der Stadt massiv einschränken - ein Szenario, dem die
 36 Bevölkerung gerade erst bezogen auf olympische Spiele eine Absage erteilt hat. DIE LINKE fordert:
 37 Kein G20-Gipfel - Nirgendwo!

38 Um den G20-Gipfel der Hamburger Bevölkerung schmackhaft zu machen, wird seitens des Hamburger
 39 Senates - wie einst für die Ausrichtung Olympischer Spiele - mit Frieden und Völkerverständigung
 40 geworben. Dabei stützt der Senat sich auf die Hamburger Verfassung, wo es heißt: „*Sie [die Stadt*
 41 *Hamburg] will im Geiste des Friedens eine Mittlerin zwischen allen Erdteilen und Völkern der Welt sein.*“

- 42 Die imperialistischen Umtriebe der G20-Gipfel sind aber das volle Gegenteil dessen!
- 43 Um einer humanen Entwicklungsperspektive den Weg zu bahnen setzt sich DIE LINKE dafür ein, dass
- 44 in den internationalen Beziehungen, anstelle der G7 und G20, aufbauend auf dem Völkerrecht, der UN-
- 45 Menschenrechte-Charta und dem UN-Sozialpakt, die demokratischen Strukturen der Vereinten
- 46 Nationen ausgebaut und gestärkt werden.
- 47 Statt Millionen Euro für einen G20-Gipfel zu verschwenden (in Toronto 2010 waren es 1 Mrd. Dollar)
- 48 fordert DIE LINKE, diese sinnvoll für die nötigen Investitionen in Soziales, Bildung, Kultur, Gesundheit,
- 49 Inklusion, Integration und Infrastruktur zu nutzen.

Begründung:

„Wir setzen auf globale Kooperation und Solidarität statt auf das Recht des Stärkeren. Eine Welt unter dem Diktat eines allmächtigen globalen Kapitalismus ist keine erstrebenswerte Welt. Im Mittelpunkt von Wirtschaft und Politik müssen die Lebensbedürfnisse und Interessen der Mehrheit der Menschen stehen.“

Aus der Präambel des Erfurter Programms der Partei DIE LINKE

Entscheidung des Parteitages:		
Angenommen:	<input type="checkbox"/>	Abgelehnt: <input type="checkbox"/> Überwiesen an: _____

Antrag:**G.12.**

Antragsteller/innen:

KV Starnberg

Der Parteitag möge beschließen:**1 Öffentliches Bekenntnis zum Abschiebungsstopp**

- 2 Der Bundesvorstand fordert vom Landesverband DIE LINKE Brandenburg und der Landtagsfraktion DIE
- 3 LINKE Brandenburg das Bekenntnis zu einem sofortigen Abschiebestopp und eine konsequente
- 4 Ablehnung zukünftiger Abschiebungen ein. Des Weiteren soll sich der Bundesvorstand von der
- 5 Fehlentscheidung („2.März 2017“) der Brandenburger Landtagsfraktion eindeutig distanzieren.

Begründung:

Es ist unglaublich und ein Widerspruch einerseits im Leitantrag einen Abschiebestopp einzufordern, aber bei Regierungsbeteiligung in einzelnen Bundesländern dies nicht konsequent umzusetzen, wie in Brandenburg geschehen.

Entscheidung des Parteitages:		
Angenommen:	<input type="checkbox"/>	Abgelehnt: <input type="checkbox"/> Überwiesen an: _____

Anträge mit überwiegendem Bezug zur Partei

Antrag: P.1.

Antragsteller/innen: KV Zwickau

Der Parteitag möge beschließen:

1 Länge von Antragstexten begrenzen

- 2 Antragstexte sind auf maximal 6.500 Zeichen zu begrenzen. Sollte ausnahmsweise ein Antrag einer
 3 längeren Form bedürfen, ist diesem eine Zusammenfassung von maximal 6.500 Zeichen
 4 voranzustellen. Die Zeichenanzahl ist im Antrag kenntlich zu machen.

Begründung:

In einer modernen Welt, in der es vor Informationen nur so wimmelt, ist es wichtig, seine Ziele kurz und prägnant zum Ausdruck zu bringen. Dies sollte eine unserer Kernkompetenzen sein. Häufig schreiben wir jedoch Anträge und Änderungsanträge sowie Änderungsanträge zu Änderungsanträgen, die dann meist eher orthografischer als inhaltlicher Natur sind. Die so entstandenen umfangreichen Papiere finden nur selten Widerhall bei den Menschen und in den Medien.

Prägnant formulierte Anträge fördern nicht nur die innerparteiliche Debatte und Demokratie, sondern stärken auch unsere Außenwahrnehmung. Der Blick wird auf das Wesentliche gelenkt. Dabei soll der Antrag nicht zur Verkürzung von Kritik und Sachanalyse führen. Aber innerhalb von Anträgen kann auf Fachpapiere und Analysen verwiesen werden. Diese müssen nicht umfänglich Teil des Antrages werden. Um Anträgen, die einer längeren Form bedürfen, gerecht zu werden, ist für diesen Fall eine Zusammenfassung zu erstellen und diese dem Antrag voranzustellen.

Als Linke müssen wir unsere Anliegen kurz und prägnant formulieren, damit sie in der Bevölkerung wahrgenommen werden. Die Menschen haben Fragen, auf die wir Antworten geben müssen und keine Gegenwartsbeschreibungen.

Gesamt: 1.749, Beschluss: 281, Begründung: 1.222

Entscheidung des Parteitages:

Angenommen: Abgelehnt: Überwiesen an: _____

Antrag:**P.2.**

Antragsteller/innen:

Kreisverband Kraichgau-Neckar-Odenwald, Kreisverband Rhein-Hardt, LAG Antikapitalistische Linke Baden-Württemberg, Elke Zetl, OV-Sprecherin Bruchsal, Jürgen Creutzmann, Kreissprecher KV Karlsruhe, Kreisrat Lkr. Karlsruhe

Der Parteitag möge beschließen:**1 Unvereinbarkeit von Mitgliedschaften**

2 Die Mitgliedschaft in der Partei DIE LINKE ist unvereinbar mit einer Mitgliedschaft in
3 Lobbyorganisationen, die unserem Parteiprogramm widersprechen. Dies ist beispielsweise der Fall bei
4 Organisationen, welche neoliberale Wirtschafts- und Gesellschaftskonzepte und/oder die
5 Freihandelsabkommen TTIP, CETA bzw. TISA fördern oder die NATO unterstützen bzw. dem
6 militärisch-industriellen Komplex zugeordnet werden können.

7 Eine solche Lobbyorganisation ist auch der Verein „Atlantikbrücke e.V.“. Personen, die ohne Auftrag
8 des Partei- oder Fraktionsvorstandes dem Verein „Atlantikbrücke e.V.“ oder vergleichbaren
9 Organisationen als Mitglied angehören, sind aufgefordert, ihre Mitgliedschaft dort zu beenden. Nur in
10 nachvollziehbaren Ausnahmefällen können Mitglieder im Auftrag des Parteivorstandes oder des
11 Fraktionsvorstandes einer Lobbyorganisation angehören, wenn

- 12 – sie während ihrer Mitgliedschaft höchste Transparenz ihrer dortigen Tätigkeit gewährleisten,
- 13 – sie regelmäßig über alle Vorgänge berichten, die für DIE LINKE und für die Öffentlichkeit relevant
14 sind.

15 Eine Beeinflussung parteiinterner Entscheidungsprozesse durch Lobbyorganisationen muss verhindert
16 werden. Bei kritischen Abstimmungen muss sich das Mitglied einer Lobbyorganisation jeweils der
17 Stimme enthalten, wenn Befangenheit anzunehmen ist. Bei innerparteilichen Bewerbungen und
18 entscheidungsrelevanten Diskussionsbeiträgen ist ggfs. auf die Mitgliedschaft in einer
19 Lobbyorganisation hinzuweisen.

Begründung

DIE LINKE versteht sich als Friedenspartei. Sie lehnt neoliberale Gesellschafts- und Wirtschaftsmodelle, die Freihandelsabkommen CETA, TISA und TTIP sowie eine weitere Mitgliedschaft Deutschlands in der NATO ab. In ihrem Parteiprogramm kommt die antimilitaristische Haltung klar zum Ausdruck.

„Statt Aufrüstung, militärischer Auslandseinsätze und EU-NATO-Partnerschaft, also einer Kriegslogik, ist die Umkehr zu einer friedlichen Außen- und Sicherheitspolitik notwendig, die sich strikt an das in der UN-Charta fixierte Gewaltverbot in den internationalen Beziehungen hält. DIE LINKE setzt daher auf Abrüstung und Rüstungskontrolle, fordert ein striktes Verbot von Rüstungsexporten und den Umbau der Streitkräfte auf der Basis strikter Defensivpotenziale.“

Die NATO hat seit dem Ende des kalten Krieges ihre Alibifunktion als Verteidigungsbündnis verloren. Stattdessen wird dieses Bündnis seither immer öfter dazu missbraucht, um geostrategische und wirtschaftliche Interessen der USA sowie ihrer Verbündeten durchzusetzen und - wenn notwendig - dafür völkerrechtswidrige Kriege zu führen. Eine Förderung dieser Politik ergibt sich naturgemäß durch den militärisch-industriellen Komplex und durch die ihm nahestehenden Stiftungen sowie durch sogenannte Denkfabriken („Thinktanks“). Deren Lobbyarbeit sorgt dafür, dass der Einkauf neuer Rüstungsgüter und die Neuentwicklung von Waffensystemen auf hohem Niveau gesichert werden.

DIE LINKE lehnt neoliberale Freihandelsabkommen sowie eine Politik von Interventionen und militärischer Rüstung kategorisch ab. Sie fordert ein striktes Ausfuhrverbot von Kriegswaffen aller Art. Daher gibt es keine gemeinsame Basis für eine gleichzeitige Mitgliedschaft in Lobbyorganisation, die dieser Haltung zuwider laufen und die im Gegenteil zum Ziel haben, Freihandelsabkommen durchzusetzen oder die Zusammenarbeit mit den USA auf militärischem Gebiet bilateral oder im Rahmen der NATO zu pflegen und auszubauen.

Ergänzende Informationen und Hinweise finden sich auf den Websites der antragstellenden Organisationen.

Entscheidung des Parteitages:

Angenommen: Abgelehnt: Überwiesen an: _____

Anträge zur Bundessatzung der Partei DIE LINKE

Antrag: S.1.

Antragsteller/innen: LV Sachsen

Der Parteitag möge beschließen:

Änderung der Bundessatzung der Partei DIE LINKE §4 Abs. 2 Nr. d)

§4 Abs. 2 Nr. d):

d) bei Wahlen für Parlamente, kommunale Vertretungskörperschaften und sonstige Wahlämter nicht konkurrierend zur Partei anzutreten.

wird geändert in:

d) bei Wahlen für Parlamente, kommunale Vertretungskörperschaften und sonstige Wahlämter nicht konkurrierend zur Partei anzutreten **oder sich für einen solchen Wahlantritt als Kandidatin oder Kandidat zu bewerben.**

Begründung:

Unsere Bundessatzung sieht es bisher nur als Pflicht der Mitglieder, bei Wahlen nicht konkurrierend zu unserer Partei anzutreten. Dies jedoch zu versuchen, ist nicht ausgeschlossen. Das führt zu der etwas seltsamen Situation, dass die genannte Mitgliederpflicht nicht verletzt wird, wenn ein Mitglied sich bspw. darum bewirbt, Direktkandidat*in oder Listenkandidat*in einer anderen Partei zu werden. Die Pflicht wird erst dann verletzt, wenn diese Bewerbung erfolgreich ist, also die konkurrierende Partei diese Person zur/m Kandidat*in macht.

Wir meinen jedoch, dass bereits die „Kandidatur zur Kandidatur“ 1. ausreichend parteischädigend ist und 2. eigentlich auch schon Bestandteil einer konkurrierenden Kandidatur zu unserer Partei ist.

Entscheidung des Parteitages:

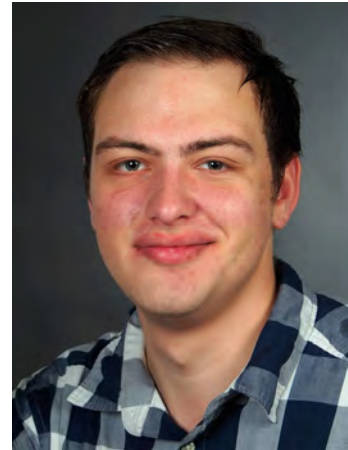
Angenommen: Abgelehnt: Überwiesen an: _____

Kandidaturen für die Bundesschiedskommission

Christian Eßer

Kandidatur für die Bundesschiedskommission

Landesverband Nordrhein-Westfalen



Guten Tag, Wähler/-innen der Kommission,

ich möchte mich Ihnen kurz vorstellen:

Mein Name lautet Christian Eßer, ich bin 23 Jahre alt, lebe im Ruhrgebiet und bin von einer „großen“ Partei zur DIE LINKE gewechselt, auf Grund der Unzufriedenheit mit der derzeitigen Partei.

Derzeit hole ich mein Fachabitur auf dem 2. Bildungsweg nach.

DIE LINKE spiegelt meine Sichtweisen auf mehr Dinge wieder, als es die anderen tun.

Warum sollten Sie einen jungen Menschen wählen?

Ich habe lange überlegt, mich politisch zu engagieren, um auch die Sichtweisen der jüngeren Generation vertreten zu können. Leider ist dieses heute nicht ganz einfach.

Die Linke, also auch Sie, bieten mir mit dieser Kandidatur nicht nur, den Politikern der Partei DIE LINKE die Sichtweisen meiner Generation näher zu bringen, sondern auch Ungerechtigkeit mit der Kommission zu ahnden.

Ich möchte nicht mit falschen Versprechungen in diese Wahl gehen, daher werde ich Ihnen, liebe Mitglieder, lediglich versprechen, dass ich mein Bestes mit der Kommission tun und stets ein offenes Ohr für die Bürger/-innen haben werde.

Vielen Dank.

Wolfgang Fieg

Kandidatur für die Bundesschiedskommission



- geb. am 23. Mai 1947 in Frankfurt am Main
- verheiratet

Beruflicher Werdegang:

- 1963 – 1969 Verwaltungsausbildung (Diplom-Verwaltungswirt)
- 1969 – 1977 Arbeit in der Frankfurter Stadtverwaltung, Dozent in der Verwaltungsausbildung in den Gebieten Kommunalrecht und Politische Geschichte, ehrenamtliche gewerkschaftliche Funktionärstätigkeit
- 1977 – 2006 Gewerkschaftssekretär bei ÖTV und ver.di in verschiedenen Funktionen, zuletzt Leiter der Rechts- und Tarifabteilung beim ver.di-Landesbezirk Saar
- Seit 2006 ehrenamtliche Tätigkeit in der gewerkschaftlichen und politischen Bildungsarbeit, Veröffentlichungen auf dem Gebiet des Arbeits-, Tarif- und Dienstrechts

Politischer Werdegang:

- Mit 18 Jahren Eintritt in die SPD, diverse Funktionen, Lösung von der SPD im Zuge von deren neoliberaler Orientierung
- 2007 Eintritt in DIE LINKE, Mitglied und zeitweise Vorsitzender der Landesschiedskommission Saar
seit 2015 Mitglied der Bundesschiedskommission

Hobbies

- Neuere Geschichte (Interessenschwerpunkte Deutsche Verfassungsgeschichte, Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Weimarer Republik)
- Alles, was mit Seefahrt zu tun hat
- Kochen

Motive für die Mitarbeit in der Bundesschiedskommission

DIE LINKE ist eine politische Organisation. Politik, nicht Satzungen und Ordnungen müssen im Zentrum unserer Arbeit stehen. Trotzdem sind Satzungen und Ordnungen wichtig. Sie bilden den rechtlichen Rahmen unserer Arbeit, auch den Rahmen, in dem wir Konflikte solidarisch und fruchtbringend austragen und bewältigen müssen. In den Jahren in der Landesschiedskommission Saar und in der Bundesschiedskommission ging es mir immer auch darum, Satzungsrecht nachvollziehbar und verstehbar zu machen. Diese sehr spezielle, aber eben auch notwendige Form der Arbeit für unsere Partei würde ich gerne noch weitere zwei Jahre tun.

Petra Hennig

Kandidatur für die Bundesschiedskommission



Liebe Genossinnen und Genossen,

drei Linke vier Meinungen? Eine pluralistische Partei lebt vom Diskurs. Das ist auch gut so. Und manchmal gibt es Streit, den wir in einer Schiedskommission schlichten und entscheiden müssen.

Ich, Petra Hennig, möchte in der Bundesschiedskommission meinen Beitrag leisten, Konflikte zu schlichten und jeden zu seinem Recht kommen zu lassen. Mit meinen 61 Jahren habe ich die entsprechende Menschen- und Sachkenntnis, um Recht und Unrecht zu erkennen.

Seit ca. zweieinhalb Jahren bin ich in der Schiedskommission des Landesverbandes Saarland tätig und dort seit einem Jahr die stellvertretende Vorsitzende der Landesschiedskommission.

Meine Arbeit nehme ich sehr genau. Mit Sachverstand, dem Wissen um die Rechtslage sowie die Satzung unserer Partei DIE LINKE habe immer frei und transparent entscheiden können. Dies möchte ich in Zukunft tun und bewerbe mich aus diesem Grund für die Bundesschiedskommission.

Kurzer Lebenslauf: Ich wurde am 5. Mai 1955 in Karl-Marx-Stadt geboren, 1961 – 1973 Schulausbildung, 1973 – 1976 Lehrausbildung Facharbeiter für Schreibtechnik, 1976 – 1979 Weiterbildung zur staatl. geprüften Sekretärin, 1980 – 2002 Direktionssekretärin beim Staatssekretär des Rates des Bezirkes Karl-Marx-Stadt, später Chemnitz, 2003 Umzug ins Saarland.

Seit 2013 Mitglied der Partei DIE LINKE, seit 2016 Sprecherrat der LAG Antirassismus.

Ich bin ein ehrlicher, zuverlässiger und verschwiegener Mensch. Ich baue auf Euer Vertrauen und bedanke mich im Voraus.

Eure Petra Hennig

Homburg/Saar, den 24. April 2017

Dieter Karzig

Kandidatur für die Bundesschiedskommission

Landesverband Nordrhein-Westfalen



Liebe Genoss*innen,

ich kandidiere für die Bundesschiedskommission, um den Gerechtigkeitsgedanken unserer Partei auch parteiintern umzusetzen.

Gemeinsam mit den anderen Genoss*innen der Bundesschiedsstelle möchte ich Streitfälle objektiv und unabhängig, und nach intensiver Analyse und Beratung, auf Basis unserer Partei- und Finanzsatzungen sowie der aktuell geltenden Gesetze wie dem Parteiengesetz, im Sinne und zum Wohle der gesamten Partei demokratisch entscheiden.

Das Ziel jedes Urteils soll sein, dass ein Konflikt aufgelöst wird, Frieden einkehrt und dass es das reibungslose Zusammenarbeiten und Zusammenleben in unserer Partei voranbringt sowie Rechtssicherheit schafft.

Ich möchte mich ferner dafür einsetzen, dass jedes Urteil die Würde jed*er Einzel*er mit berücksichtigt.

Ich bin seit November 2016 in unserer Partei aktiv und arbeite seitdem aktiv am Ausbau unseres KV Mettmann und OV Langenfeld mit.

Beruflich habe ich juristische Vorkenntnisse aus dem Versicherungsrecht.

Ich bitte um euer Vertrauen.

Dieter Karzig

Karsten Knobbe

Kandidatur für die Bundesschiedskommission



- 1960 geboren in Berlin
- verheiratet, sechs Kinder
- wohnhaft in Hoppegarten
- Landesverband Brandenburg, Kreisverband Märkisch-Oderland

Zu meiner Person:

- | | | |
|-------------|---|------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| 1978 | - | Abitur |
| 1978 - 1981 | - | NVA |
| 1981 - 1986 | - | Studium am Moskauer Staatlichen Institut für Internationale Beziehungen (MGIMO), Abschluss Dipl. rer. pol. |
| 1986 - 1989 | - | Mitarbeiter in der Abteilung Internationale Verbindungen des Zentralrats der FDJ |
| 1989 - 1990 | - | Redakteur der "Weltstudentennachrichten" des Internationalen Studentenbundes in Prag |
| 1990 - 1995 | - | Studium der Rechtswissenschaften, Humboldt-Universität zu Berlin |
| 1995 | - | erstes Juristisches Staatsexamen |
| 1996 - 1998 | - | Rechtsreferendar |
| 1998 | - | zweites Juristisches Staatsexamen |
| 1998 - 2011 | - | selbständiger Rechtsanwalt |
| seit 2012 | - | Hauptamtlicher Bürgermeister der Gemeinde Hoppegarten |

Begründung:

- Seit dem Dresdner Parteitag 2013 gehöre ich der Bundesschiedskommission an, seit Juli 2014 als deren Vorsitzender.
- Eine demokratische Partei lebt davon, dass die Rechte jedes einzelnen Mitglieds gewahrt bleiben, dass bei internen Auseinandersetzungen jeder gleichberechtigt behandelt wird, unabhängig davon, welche Funktionen er innerhalb der Partei ausübt. Unsere Partei darf sich auch nicht durch interne Auseinandersetzungen handlungsunfähig machen.
- Aus diesem Grunde möchte ich weiterhin meine bisherigen beruflichen und politischen Erfahrungen in die Arbeit der Bundesschiedskommission einbringen.

Barbara Laakmann

Kandidatur für die Bundesschiedskommission

Duisburg, Nordrhein-Westfalen



Hiermit bewerbe ich mich erneut um einen Sitz in der Bundesschiedskommission.

In der Leitung meiner Schule hatte ich oft mit Streitenden aus allen Personengruppen zu tun, ich musste Entscheidungen treffen, sie umsetzen und mit den Konsequenzen umgehen. Dies alles ist mir wohl vertraut.

In politisch strittigen Fragen den richtigen Weg zu finden, erfordert genaues Hinsehen und Empathie, aber auch gründliche Kenntnis der Satzungen und Parteiordnungen. Die Bundesschiedskommission mit ihren 10 Mitgliedern diskutiert engagiert aus verschiedenen Blickrichtungen. Jeder Beitrag zur Diskussion wird mit Bedacht angehört, gegenseitiger Respekt ist Voraussetzung. Am Ende wird eine Entscheidung getroffen, die Bestand haben muss. Der eventuelle Ausschluss aus der Partei als einzig mögliche Maßnahme wird sorgfältig abgewogen.

Alle, die einen Antrag stellen, haben ihre Gründe. Alle Antragsgegnerinnen und Antragsgegner wünschen eine zügige und gerechte Klärung. Dazu möchte ich meine vielfältigen Erfahrungen aus verschiedenen Lebensabschnitten und Bereichen einbringen und so meinen Beitrag leisten.

Hier einige relevante Daten aus meiner Biografie:

- geboren 12.08.1950 in Krefeld,
- Studium, Examen und 41 Jahre Arbeit in der Hauptschule in Duisburg,
- davon 22 Jahre als Schulleiterin,
- seit 1971 in der GEW, verschiedene Funktionen dort,
- 30 Jahre Interessenvertretung im Personalrat,
- von 2004 bis 2012 Beisitzerin beim Verwaltungsgericht Düsseldorf,
- von 1973 bis 1989 in der DKP,
- seit 2008 in der LINKEn,
- von 2009 bis 2014 Ratsfrau,
- seit 2009 in kommunalpolitischen Ausschüssen,
- seit 2013 Schöffin beim Landgericht Duisburg,
- seit Juni 2015 Mitglied der Bundesschiedskommission.

Barbara Laakmann

Kurt Neumann

Kandidatur für die Bundesschiedskommission

Alter: 71 Jahre alt
Wohnort: Berlin

Bezirksverband: Tempelhof-Schöneberg
Landesverband: Berlin



Zur Person:

- Ich bin seit 1999 Mitglied der PDS, seit 2007 der Partei DIE LINKE, gegenwärtig Landesparteitagsdelegierter.
- vorher von 1966 bis 1996 Mitglied der SPD, von 1994 bis 1998 MdB,
- Jurist, Wissenschaftlicher Assistent, Lehrbeauftragter, Rechtsanwalt, Petitionsreferent der PDS-Fraktion im Bundestag, Europareferent der Fraktion DIE LINKE, jetzt europapolitischer Berater.

Ich möchte weiter einen Beitrag dazu leisten, dass die Arbeit der Bundesschiedskommission so zügig erfolgt, wie in den vergangenen Jahren. Und dass sie möglichst breit in der Mitgliedschaft akzeptiert wird.

Besonderes Interesse habe ich daran, dass die Entscheidungsfindung der Kommission in konkreten Fällen auch zu einer Weiterentwicklung unserer Satzungsbestimmungen und Verfahrensregelungen führt.

Frank Nieswandt

Kandidatur für die Bundesschiedskommission

54 Jahre

Landesverband Mecklenburg-Vorpommern



Zur Person:

- 1962 in Röbel/Müritz geboren
- 1969 bis 1979 Schulzeit in Sietow (Müritzkreis)
- 1979 bis 1983 Lehrerstudium in Templin (Uckermark)
- 1983 bis 1986 Armeezeit in Torgelow
- seit 1986 Lehrer an Grundschulen und Förderschulen in Friedland (Mecklenburg) und Burg Stargard
- seit 2005 Mitglied des Bezirkspersonalrates
- seit 1999 Fraktionsvorsitzender in der Friedländer Stadtvertretung
- seit 1999 Mitglied der Kreistage Mecklenburg-Strelitz und Mecklenburgische Seenplatte
- seit 2009 Amtsvorsteher des Amtes Friedland und Vorsitzender des Präventionsrats

Seit dem Jahr 2006 gehöre ich der Bundesschiedskommission an. Alle Mitglieder dieser Kommission können mit Stolz darauf zurück blicken, was in den zurückliegenden Jahren erreicht wurde. Dabei haben wir stets als Team zusammengearbeitet, in dem unterschiedliche Standpunkte als Bereicherung empfunden wurden. In manchmal schwierigen Verhandlungen konnte ich mein Wissen und meine Erfahrung einbringen.

Diese Aufgabe möchte ich weiterhin in der Partei DIE LINKE wahrnehmen und stelle mich deshalb zur Wahl für die Bundesschiedskommission.

Katja Rom

Kandidatur für die Bundesschiedskommission

Geburtstag: 21.02.1980

2 Kinder

Mitglied im Landesverband Berlin

Koordinatorin für Innen- und Rechtspolitik der
Bundestagsfraktion DIE LINKE.



Liebe Genossinnen und Genossen,

hiermit möchte ich Euch meine erneute Kandidatur für einen Sitz in der Bundesschiedskommission der Partei DIE LINKE begründen und um Euer Vertrauen auf dem Bundesparteitag bitten.

Leider werden Gremien, wie die Bundesschiedskommission, in unserer Partei immer etwas stiefmütterlich behandelt. Dabei ist, wagt man einen Blick in die Vergangenheit, offensichtlich, wie wichtig diese Schiedsstelle für unsere Partei ist. Daran möchte ich weiter zukünftig mitwirken.

Ich begreife meine Mitarbeit in der Bundesschiedskommission aber nicht nur in der Schlichtung von Streitfragen. Auch geht es mir darum, die Ursachen für (wiederkehrende) Streitigkeiten in unserer Partei ausfindig zu machen und schließlich dazu beizutragen, diese Ursachen auf ein Minimum zu reduzieren. Bei der Sicherung eines solidarischen und fairen Umgangs unter uns Genossinnen und Genossen, trägt auch die Bundesschiedskommission ihren Teil bei. Ich möchte daran auch weiterhin gerne mithelfen.

Durch mein Studium und meine Arbeit für die Bundestagsfraktion bringe ich vielfache juristische Kenntnisse mit. Diese Kompetenzen werde ich, neben meiner Basisarbeit für die Partei, auch als Mitglied der Bundesschiedskommission einbringen.

Ich bitte deshalb um Euer Vertrauen. Mit solidarischen Grüßen

Katja Rom

Tom Michael Scheidung

Kandidatur für die Bundesschiedskommission

- geboren am 06.04.1975 in Schwerin
- wohnhaft in Schwerin
- Landesverband Mecklenburg-Vorpommern
- Kreisverband Schwerin



Zu meiner Person:

seit Januar 2015	Fraktionsgeschäftsführer der Fraktion DIE LINKE. im Landtag Mecklenburg-Vorpommern
seit Februar 2014	Mitglied der Bundesschiedskommission
seit Juli 2013	Zulassung als Rechtsanwalt bei der Rechtsanwaltskammer Mecklenburg-Vorpommern
2009 bis 2014	Mitglied im Ortsbeirat Lankow (Schwerin)
seit Oktober 2006	Mitglied der Partei DIE LINKE.
seit März 2006	Referent in der Fraktion DIE LINKE. im Landtag Mecklenburg-Vorpommern
2003 bis 2006	Mitarbeiter der REWE Group in Hamburg
2002	Zweites juristisches Staatsexamen in Niedersachsen
2000	Zivildienst
1999	Erstes juristisches Staatsexamen an der Universität Rostock
1993	Abitur in Schwerin

Begründung:

Seit mittlerweile gut drei Jahren bin ich Mitglied der Bundesschiedskommission. Zusammenfassend kann ich sagen: Viel Arbeit, aber auch viel Freude. Die Mitarbeit in einem guten Team hat mir weiterhin Spaß gemacht. Ich konnte meine beruflichen Erfahrungen einbringen und natürlich auch selbst dazulernen. Deshalb möchte ich mein Engagement in der Bundesschiedskommission gern fortsetzen. Aus privaten Gründen (die Jugendweihe meines Sohnes) werde ich mich auf dem Bundesparteitag nicht persönlich vorstellen können. Ich bitte euch daher auf diesem Wege um euer Vertrauen.

Schwerin, 20.02.2017

Birgit Stenzel

Kandidatur für die Bundesschiedskommission



- geb. 12.08.1960 in Berlin-Lichtenberg
- 1979 Abitur an der I. Kant EOS, Mitglied der SED
- 1981/82 Lehre als Fachverkäuferin für Obst/Gemüse/Speisekartoffeln
- 1979 – 1988 Arbeit bei der FDJ, 1983/84 Studium an der Jugendhochschule, drei Jahre an der Erdgastrasse verantwortlich für Jugendtourist und Kultur
- 1988 – 1992 Studium in Potsdam, Abschluss als Diplomjuristin, danach bis 1995 Referendariat
- davon sechs Monate in Brüssel beim Europäischen Metallgewerkschaftsbund
- seit 1990 Mitglied der PDS
- seit 1995 Anwältin
- seit 2008 Mediatorin
- seit 1999 Mitglied der Bezirksverordnetenversammlung in Lichtenberg in verschiedenen Ausschüssen (Jugendhilfe, Rechnungsprüfung, Kultur, Integration, Soziales), seit April 2015 Vorsitzende des Integrationsausschusses
- Seit 2011 Mitglied der Bundesschiedskommission

Liebe Genossinnen und Genossen Delegierte,

die Arbeit in einer Parteischiedsgerichtsbarkeit wie unserer Bundesschiedskommission ist nicht immer vergnügungssteuerpflichtig, aber für die innere Organisation und die Regelung von Konflikten innerhalb unserer Partei unverzichtbar. Trotzdem – mir hat die Arbeit im Team der Bundesschiedskommission und auch das Kennenlernen vieler aktiver Genossinnen und Genossen im Rahmen der Verfahren durchaus Spaß gemacht.

Ich möchte daher meine Kenntnisse und Fähigkeiten sowohl als Anwältin und Mediatorin als auch aus der konkreten Kommunalpolitik hier weiter einsetzen und werbe daher um Eure Stimme.

Birgit Stenzel

Sandra Wünsch

Kandidatur für die Bundesschiedskommission

Landesverband Sachsen



Liebe Genossinnen und Genossen,

seit Bestehen der PDS war ich deren Mitglied, seit ihrer Vereinigung mit der WASG bin ich Mitglied der Partei DIE LINKE.

Seit 2004 habe ich mit einigen Unterbrechungen langjährig bei der Bundesschiedskommission mitgewirkt.

In einem Land, in dem eine Partei mit rassistischen, antisemitischen, völkischen und nationalistischen Ideen eine erschreckend hohe Resonanz erhält, in einem scheiternden Europa der kaltherzigen Austerität und in einer zivilisatorisch rückwärts gewandten Welt, in der die Todesstrafe wieder eingeführt werden soll, Meinungs- und Pressefreiheit inkriminiert werden, der Klimawandel geleugnet wird; in einer Welt schließlich, in der die Zensur der Wissenschaft und Forschung zu befürchten ist und in der irrationale Machthaber über Krieg oder Frieden entscheiden, in einer solchen Welt möchte ich mich in (m)einer Partei, die eine solche Entwicklung nicht mitträgt, wieder mehr engagieren.

Als Volljuristin und inzwischen fast 16 Jahre lang in Bayern, Berlin und nun in Leipzig praktizierende Rechtsanwältin glaube ich, meine Partei mit der Arbeit in der Bundesschiedskommission kenntnisreich und effektiv unterstützen zu können.

Sandra Wünsch

Leipzig, im April 2017

Kandidaturen für die Bundesfinanzrevisionskommission

Heidemarie Ehlert

Kandidatur für die Bundesfinanzrevisionskommission

- geb. 1.9.1950
- Vorsitzende der BFRK
- 1998 bis 2002 Mitglied des Deutschen Bundestages
- Stadträtin und stellv. Vors. der Fraktion
- Seniorenbeauftragte des Landesverbandes Sachsen- Anhalts und Ehrenvorsitzende des Ortsverbandes Bitterfeld-Wolfen der DStG
- Diplomökonomin/Steueroberinspektorin a.D.



Ich habe aus meiner Berufstätigkeit als Außen- bzw. Amtsprüfer im Finanzamt langjährige Erfahrungen auf dem Gebiet der Finanzen. Bereits seit mehreren Jahren leite ich die BFRK, bereite ich die Prüfungen in den Landesverbänden vor und stehe den Landes- und Kreisverbänden jederzeit für Anfragen zur Verfügung.

Meine Teilnahme an den Beratungen des Bundesfinanzrates unterstützt die Zusammenarbeit mit den Landesschatzmeister/innen. Die regelmäßige Durchführung von Schulungen der Landesfinanzrevisoren leistet einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung der Finanzarbeit in den Landesverbänden. Die ausgereichten Schulungsunterlagen versetzen die Teilnehmer/innen in die Lage, die Kreisverbände zu schulen. Im Herbst 2017 wollen wir erneut eine Schulungsveranstaltung mit Erfahrungsaustausch durchführen.

Zu unseren Prüfungsschwerpunkten gehören die Einnahmen und Ausgaben der Partei, wobei bei den Prüfungen unterschiedliche Schwerpunkte gesetzt werden.

2014 haben wir eine Handreichung zur Ermittlung eines satzungsgemäßen Mitgliedsbeitrages vorgelegt. Aktuell haben wir eine Broschüre zur Einwerbung von Einnahmen aus Erbschaften entworfen.

Ich möchte weiterhin meine Erfahrungen in die ehrenamtliche Tätigkeit der Bundesfinanzrevisionskommission einbringen und werbe hiermit um Eure Unterstützung.

Vielen Dank.

Ralf Fiebelkorn

Kandidatur für die Bundesfinanzrevisionskommission

Geboren: 28.05.1957 in Malchin

Entwicklung in der Partei:

1993 – 2003 und 2005 – 2009 Mitglied der LFRK Sachsen

1995 – 1997 Schatzmeister im SV Leipzig

seit 1998 Mitglied der BFRK

2007 – 2016 einer von zwei Sprechern der LAG Rote Reporter Sachsen

seit 2010 Mitglied im Bundessprecherrat der BAG Rote Reporter



Warum kandidiere ich?

Wie jede Partei braucht auch DIE LINKE finanzielle Mittel. Ihre Haupteinnahmequelle sind Beiträge und Spenden. Die Mittel statutengerecht einzusetzen ist eine Frage der Stärkung unserer Partei. Hier kann ich meinen aktiven Beitrag leisten.

Um Finanzverantwortlichen in unserer Partei zu helfen, dass unsere Beiträge, Spenden und staatlichen Mittel den gesetzlichen und statuarischen Bestimmungen entsprechend verwaltet und genutzt werden, darum kandidiere ich erneut für die Bundesfinanzrevisionskommission der LINKEN.

Kurz zu meiner Person. Ich werde dieses Jahr 60 Jahre alt und bin seit fast 35 Jahren glücklich verheiratet. Zurzeit bin ich im Bundesfreiwilligendienst tätig. Ehrenamtlich wirke ich redaktionell für eine monatliche Beilage im „Mitteilungsblatt“ der Leipziger LINKEN, den „LEIPZIGS NEUEN SEITEN“. Wie oben zu sehen, gehöre ich seit 1998 ununterbrochen der Bundesfinanzrevision an. Mir macht die Arbeit in der Kommission sehr viel Spaß. Sie ist kollegial, freundschaftlich und auf gegenseitige Achtung gerichtet. Das betrifft die Mitglieder der Kommission genauso, wie die Geprüften bzw. auch Antragsteller von Revisionen. Meine gemachten Erfahrungen möchte ich gern weitergeben und zum Wohle der LINKEN einsetzen.

Außerhalb der LINKEN bin ich Schatzmeister des Kuratoriums Friedensfahrt „Course de la Paix“, das sich um die Erinnerung an die traditionsreiche Friedensfahrt bemüht. Weiterhin bin ich seit mehreren Jahren Finanzrevisor im Verein „Linke Medienakademie e. V.“, der sich besonders um die medienpolitische Ausbildung linker ehrenamtlicher Medienmacher kümmert.

Ralf Fiebelkorn

Achim Jünemann

Kandidatur für die Bundesfinanzrevisionskommission

- geb. am 18.04.1950 in Heilbad Heiligenstadt
- verheiratet
- 4 erwachsene Kinder, 6 Enkel
- wohnhaft in Fuldatal
- Landesverband Hessen, Kreisverband Kassel Land



Beruflicher Werdegang:

- Zierpflanzengärtner
- Diplomgartenbauingenieur
- Tätigkeiten im Groß- und Einzelhandel für Gartenbedarf
- Technischer Mitarbeiter der Landtagsfraktion Die Linke Hessen
- Rentner

Politischer Werdegang:

- ab 1992 mehrere Wahlperioden Schatzmeister der SED-PSD und PDS-Die Linke in Nordhessen
- seit 2007 Mitglied der Landesfinanzrevisionskommission Hessen
- seit 2015 Mitglied der Bundesfinanzrevisionskommission

Motivation für die Mitarbeit in der Bundesfinanzrevisionskommission:

Die Beschäftigung mit den Finanzen sehe ich in erster Linie als eine politische Aufgabe und Herausforderung.

Geordnete Finanzen sind **eine** der Grundlagen für ein politisch erfolgreiches Handeln der Partei.

Es ist Ziel, durchgängig alle finanziell Verantwortlichen so zu befähigen, dass unsere Partei stets handlungsfähig bleibt und die politischen Prozesse gestalten kann.

Darauf sind zentrale und regionale Schulungen, an denen ich mitwirke, gerichtet.

Es geht um die Erhöhung des Durchschnittsbeitrages, des Spendenaufkommens und weiterer Finanzquellen, so zum Beispiel das Aufzeigen der Einwerbung von Erbschaften.

Dabei möchte ich mitwirken.

Ralf Knocke

Kandidatur für die Bundesfinanzrevisionskommission



Persönliches

geb. am 09.12.1953 in Dresden - wohnhaft in Siegen (NRW)

geschieden; 4 Kinder; alleinerziehend (8-jähriger Sohn); 2 Enkelkinder

Beruflicher Werdegang

Dipl. Sozialarbeiter

Mitgliedschaften

GEW

Attac

LEB-NRW (Landeselternbeirat)

BEFKi - Förderverein

Rosa Luxemburg Stiftung

Politische Eckpunkte

2007 Eintritt in DIE LINKE

2008 – 2012 Mitglied des Kreisvorstandes

2010 – 2012 Kreissprecher

seit 2014 Revisor des KV Siegen-Wittgenstein

seit 2012 Mitglied des Landesratspräsidiums DIE LINKE NRW

Die finanzielle Ausstattung ist das **A** und **O** für eine solide politische Arbeit. Die Aufgaben und die Herausforderungen in einer neoliberalen Gesellschaft wachsen stetig. Daher ist Zahlungsehrlichkeit aller Mitglieder eine wichtige Basis, damit wir die gute politische Arbeit fortsetzen und ausbauen können. Mitgliedsbeiträge und Mandatsträgerabgaben sind die finanziellen Säulen für unsere politische Arbeit.

Ich will mich auch weiterhin dafür einsetzen, dass ausreichend finanzielle Mittel für unsere tägliche Arbeit zur Verfügung stehen. Daher kandidiere ich erneut für die Bundesfinanzrevisionskommission und möchte bei einer Wiederwahl unsere erfolgreiche Arbeit der letzten beiden Jahre fortsetzen.

Hannelore Kryzak

Kandidatur für die Bundesfinanzrevisionskommission



- Landesverband Mecklenburg-Vorpommern
- 65 Jahre
- von Beruf Verkäuferin
- Studium, Diplomgesellschaftswissenschaften,
- seit 1994 bin ich als Wahlkreismitarbeiterin bei Landtags- und Bundestagsabgeordneten der LINKEN im Wahlkreis Hagenow und Umland tätig
- seit Juli 2015 bin ich im Ruhestand
- seit 1990 bin ich Stadtvertreterin in Hagenow
- bin stellvertretende Fraktionsvorsitzende,
- Mitglied im Hauptausschuss,
- Vorsitzende im Ausschuss Jugend, Senioren und Soziales,
- arbeite im Rechnungsprüfungsausschuss mit und
- bin Mitglied im Abwasserzweckverband.

Seit einigen Jahren bin ich Mitglied der Landesfinanzrevisionskommission in meinem Landesverband.

Begründung zur Kandidatur:

Ich habe mich über Jahre in die Arbeit der Bundesfinanzrevisionskommission aktiv eingebracht und den Genossinnen und Genossen vor Ort Hilfe und Unterstützung bei der Umsetzung der Finanzrichtlinie gegeben. Der Umgang mit den finanziellen Mitteln in der Partei, besonders den Beiträgen und Spenden unserer Mitglieder ist für mich eine wichtige politische Aufgabe und für die Arbeit in der Partei von großer Bedeutung. Diese Erfahrungen möchte ich weiterhin in die Arbeit der Revisionskommission einbringen und bitte um Euer Vertrauen.

Jens Neumann

Kandidatur für die Bundesfinanzrevisionskommission



Erstmals möchte ich für die Bundesfinanzrevisionskommission kandidieren. Gern möchte ich mein Wissen und meine Erfahrung in die Arbeit einbringen. Meine Ausbildung, meine berufliche Tätigkeit sowie Funktionen in verschiedenen Organisationen sollten dabei eine gute Grundlage sein. Meine langjährige Tätigkeit in der Finanzrevisionskommission des Landesverbandes Berlin fällt da ganz besonders ins Gewicht.

Die einschlägigen Rechtsvorschriften, sowohl die handelsrechtlichen als auch die für Parteien gültigen, sind mir bekannt. Die Unterstützung unserer Partei ist mir ein Anliegen, weil die Kontrolle der finanziellen Verhältnisse der Partei notwendig ist, um deren Arbeit ordnungsgemäß durchführen zu können. In einem Umfeld, in dem DIE LINKE nicht auf die Spenden von Großunternehmen zurückgreifen kann, ist es umso wichtiger, die Verwaltung der Finanzen satzungsgemäß und entsprechend den geltenden Gesetzen durchzuführen. Dazu möchte ich mit meinem Engagement und meinem Wissen beitragen und bitte um euer Vertrauen.

Ausbildung:

- Bankkaufmann, Ausbilder, Sparkassenbetriebswirt, Magister Artium, Master of Education

Parteifunktionen Die Linke/PDS:

- Mitglied der Finanzrevisionskommission der PDS Berlin (1993-2001), Landesvorstand Berlin (2001-2003)

Andere Gremienmitgliedschaften:

- stellv. Vorstandsvorsitzender Seniorenstiftung Prenzlauer Berg (1999), Vorstand Genossenschaft Stadtbad Oderberger Straße e.G. (2002-2007), Mitglied des Verwaltungsrates des Eigenbetriebs Kindergärten NordOst Berlin (2006)

Nadia Schulz

Kandidatur für die Bundesfinanzrevisionskommission

Landesverband Berlin



Liebe Genossinnen,

liebe Genossen,

die Bundesfinanzrevisionskommission braucht Verstärkung und ich möchte mich daher zur Wahl als Kandidatin stellen. Seit dem letzten Jahr bin ich Mitglied in der Partei DIE LINKE und strebe nun einen Aufgabenbereich an, der zu mir passt und in dem ich auch nützlich sein kann.

Ich bin 34 Jahre alt, gebürtig aus Ost-Berlin. Im Jahre 2007 beendete ich meine Berufsausbildung zur Rechtsanwalts- und Notarfachangestellten in Goslar. Ich konnte Berufserfahrung sammeln und studiere nun aufbauend auf meinen Beruf an der HWR Berlin das Fach Recht im Unternehmen und schließe das Studium mit dem Abschluss Bachelor of Laws ab.

Schon von Berufs wegen bin ich gründlich, habe eine Affinität zu Zahlen und habe gerne ein Amt im Hintergrund inne. In meiner »BO Spittelmarkt« verstehe ich mich als Bindeglied zwischen den erfahrenen Genossinnen und Genossen und den Menschen aus meiner Generation.

Ich freue mich, euch bei eurer Arbeit unterstützen zu dürfen und würde mich freuen, wenn ihr mir euer Vertrauen entgegenbringen würdet. Für Fragen stehe ich euch selbstverständlich zur Verfügung. Sprecht mich einfach an.

Herzliche Grüße

Nadia Schulz

Sylvia Wagner

Kandidatur für die Bundesfinanzrevisionskommission



Liebe Genossinnen und Genossen,

mein Name ist Sylvia Wagner, geb. am 30.12.1950. Von Beruf bin ich Erzieherin in einem Kinderheim, jetzt aber im Ruhestand. Ich bin seit 1972 Mitglied unserer Partei und da auch in den verschiedensten Funktionen ehrenamtlich tätig.

Seit 1997 bin ich Mitglied der Kreisfinanzrevisionskommission Potsdam-Mittelmark. Hier war und bin ich auch viele Jahre als Vorsitzende der KFRK tätig.

Mitglied der Landesfinanzrevisionskommission Potsdam bin ich seit 2002, und seit ca. 8 Jahren Vorsitzende.

In diesen Funktionen und in dieser Zeit konnte ich viele Erfahrungen auf dem Gebiete der Finanzrevision sammeln.

Mein Anliegen ist es, mit dafür zu sorgen, dass insbesondere in Zeiten immer knapperer Kassen die von unseren Genossen durch Beiträge aufgebracht und durch Spenden eingeworbenen Gelder entsprechend des Grundgesetzes, des Parteiengesetzes und der Finanzrichtlinie unserer Partei verwendet werden.

Durch meine langjährige ehrenamtliche Arbeit auf dem Gebiete der Finanzen fühle ich mich in der Lage, den hohen Anforderungen, die an ein Mitglied der Bundesfinanzrevisionskommission gestellt werden, gerecht zu werden und so meine Erfahrungen an Finanzrevisionskommissionen anderer Gliederungen weiter geben zu können.

Sylvia Wagner

Cornelia Wanderer

Kandidatur für die Bundesfinanzrevisionskommission

Geburtsdatum: 14.09.1962
 Wohnort: Plaue
 Kreisverband: ILM-Kreis
 Landesverband: Thüringen



Kurzbiografie:

10. Klasse Abschluss, Facharbeiterabschluss als Friseurin, Abschluss als Steuerfachangestellte, Studium an der »Akademie der Arbeit« an der Universität Frankfurt am Main.

Letzte Tätigkeiten:

Verwaltungsangestellte bei der IG Metall Erfurt, Steuerfachangestellte, Verwaltungsangestellte beim Verein »Mobiles Beratungsteam gegen Rechtsextremismus in Thüringen e.V.«, wissenschaftlich-pädagogische Assistentin an der Akademie der Arbeit in Frankfurt am Main, freiberufliche Referentin und Interviewerin, Büroleiterin MdB Jens Petermann im WKB in Meiningen, Wahlkreismitarbeiterin bei MdL Jörg Kubitzki.

Funktionen:

Arbeitnehmervertreterin des BAA der Steuerberaterkammer Thüringen, Mitglied der DV der IG Metall Suhl, Vertrauensfrau der AOK PLUS, Versichertenberaterin der DRV, Stadträtin in Plaue, ehrenamtliche Richterin beim Sozialgericht Gotha und beim Amtsgericht Arnstadt, Vorsitzende der Landesfinanzrevisionskommission DIE LINKE Thüringen, Mitglied der Bundesfinanzrevisionskommission.

Beweggründe für die Kandidatur/ Themenfelder:

Seit 2008 arbeite ich aktiv in der Landesfinanzrevisionskommission Thüringen mit und 2013 wurde ich zur Vorsitzenden gewählt. Seit 2010 bin ich Mitglied der Bundesfinanzrevisionskommission und möchte diese Arbeit gern fortführen. Die finanzpolitische Arbeit einer Partei nimmt nach innen und außen hin einen großen Stellenwert ein. Dabei ist es wichtig, dass die Mitglieder wissen, dass mit ihren gezahlten Mitgliedsbeiträgen kein Unfug getrieben wird, sparsam mit den Geldern umgegangen wird, aber auch die politische Handlungsfähigkeit der Partei sichergestellt ist.

Ich freue mich, wenn mir die Delegierten Ihr Vertrauen aussprechen und ich diese Aufgabe weiterhin erfüllen darf.

Gisela Wedekind

Kandidatur für die Bundesfinanzrevisionskommission

Landesverband Sachsen / SV Leipzig



Persönliches

- Geboren 21.März 1949
- Geschieden / 2 Kinder / 4 Enkelkinder

Ausbildung / Berufliches

- Rinderzüchter
- VMTA
- Dipl.agr.ing
- Ing.paed.
- Bereichsleiterin in LPG
- 1993 – 2001 Landesschatzmeisterin Landesverband Sachsen PDS/DIE LINKE
- 2002 – 2014 Buchhalterin Landesverband Sachsen PDS/DIE LINKE

Politische Aktivitäten

- 1970 – 1974 Stadtverordnete Stadt Taucha
- Vor 1990 FDJ, DSF, FDGB/VdGB, DFD, DTSB, SED (1968)
- Nach 1990 PDS, Linkspartei.PDS, DIE LINKE
- 2004 – 2010 Vorsitzende des Ortsverbandes Dresden-West
- 2007 Delegierte des Gründungsparteitages DIE LINKE
- 2010 – 2014 Betriebsrätin Mitarbeiter Landesgeschäftsstelle, Gesamtbetriebsrat
- 2015 – 2017 Mitglied der Bundesfinanzrevisionskommission

Beweggründe für die Kandidatur

Meine Erfahrungen, mein Wissen als Landesschatzmeisterin und als Buchhalterin möchte ich gern weiterhin in die Tätigkeit in der BFRK einbringen.

Erfolgreiche finanzpolitische Tätigkeit der Gremien auf Bundes- und Länderebene basiert auf den Rechtsvorschriften der Bundesrepublik sowie dem Programm, den Satzungen und Ordnungen der Partei. Deren Einhaltung und Konformität mit den Beschlüssen der jeweiligen Ebenen ist durch die Bundesfinanzrevision zu prüfen. Meine aktive Mitarbeit in der BFRK war vorwiegend in den Jahren 2015 und 2016. In 2016 „erwischte“ mich eine schlimme Krankheit. Nun bin ich auf dem Weg der Besserung und kann mich wieder aktiv in die Arbeit der BFRK einbringen.

Ich denke, dass ich in der BFRK mit engagierten Genossinnen und Genossen gut zusammenarbeiten kann und bitte daher um eure Stimme. Danke.

Berichte an die 2. Tagung des
5. Parteitages der Partei DIE LINKE

Bericht des Bundesausschusses

(Berichtszeitraum Juni 2016 - März 2017)

Gemäß § 15 Abs. 4 (Aufgaben des Parteitag) beschließt der Parteitag über den Bericht des Bundesausschusses zur Parteientwicklung, zum Zusammenwachsen der Landesverbände in den neuen und alten Bundesländern und zur Arbeit des Bundesausschusses.

Der Bundesausschuss hat im vergangenen Berichtszeitraum vier Tagungen in Berlin durchgeführt, wobei sich die Teilnahme an den jeweiligen Sitzungen wie folgt darstellt:

25./26. Juni 2016:	64 Teilnehmende
24./25. September 2016:	74 Teilnehmende
12./13. November 2016:	77 Teilnehmende
4./5. März 2017:	63 Teilnehmende

Zur Erinnerung: Der Bundesausschuss hat laut Satzung 80 stimmberechtigte Mitglieder, dazu kommen vier Mitglieder aus der Bundestagsfraktion und zwei Mitglieder des Europäischen Parlaments mit beratender Stimme. Wir können feststellen, dass sich die Teilnahme der Mitglieder des Bundesausschusses gegenüber den vergangenen Berichtszeiträumen deutlich verbessert hat (Durchschnitt 50). Die abweichende Teilnahme der März-Sitzung ergab sich aus der Terminüberschneidung mit einzelnen Landesverbänden, die an diesem Wochenende ihre VertreterInnenversammlungen zur Wahl der Kandidatinnen und Kandidaten für den Deutschen Bundestag durchführten.

Das im Februar 2016 neu gewählte Präsidium führte in Vorbereitung der Bundesausschusssitzung im Juni 2016 eine Klausurberatung durch, die sich in erster Linie mit der zukünftigen Arbeit des Bundesausschusses auf der Basis des § 21 der Satzung der Partei DIE LINKE auseinandersetzte:

§ 21 Aufgaben des Bundesausschusses

(1) Der Bundesausschuss ist das Organ der Gesamtpartei mit Konsultativ-, Kontroll- und Initiativfunktion gegenüber dem Parteivorstand.

(2) Der Bundesausschuss fördert und unterstützt das Zusammenwachsen der Landesverbände. Er soll Initiativen ergreifen und unterstützen, die diesem Ziel dienen.

(3) Der Bundesausschuss berät und beschließt insbesondere über:

grundsätzliche politische und organisatorische Fragen auf der Grundlage dieser Satzung, von Beschlüssen des Parteitages oder auf Antrag des Parteivorstandes,

den jährlichen Finanzplan auf Vorschlag des Parteivorstandes,

Anträge, die an den Bundesausschuss gestellt oder durch den Parteitag an den Bundesausschuss überwiesen wurden,

Angelegenheiten, bei denen der Parteivorstand wegen ihrer politischen Bedeutung oder wegen der mit ihnen verbundenen finanziellen Belastungen eine Beschlussfassung des Bundesausschusses für notwendig erachtet,

Kampagnen, die bei ihrer Durchführung erhebliche finanzielle Mittel oder personelle Ressourcen der Landesverbände binden.

(4) Der Bundesausschuss wählt die Vertreterinnen und Vertreter der Partei in die Organe der Europäischen Linken (EL).

(5) Der Bundesausschuss unterbreitet der Bundesvertreterversammlung einen Personalvorschlag zur Aufstellung der Bundesliste für die Wahlen zum Europäischen Parlament.

Dabei stand insbesondere der Punkt »grundsätzliche politische und organisatorische Fragen auf der Grundlage dieser Satzung« im Mittelpunkt der Diskussion.

Gleichzeitig wurden Themen für die Durchführung der Bundesausschusssitzungen diskutiert, die sich teilweise aus den festgeschriebenen Aufgaben der Satzung ergaben. Über die entsprechenden Ergebnisse der Klausur wurde der Bundesausschuss informiert, entsprechende Beschlüsse wurden gefasst.

Im Berichtszeitraum wurden durch den Bundesausschuss, neben der Beschlussfassung zur Arbeitsweise desselbigen, seiner Geschäftsordnung und der Bildung der Arbeitsgruppen »Europa« und »Zusammenwachsen« weitere zwölf Beschlüsse gefasst, darunter die Beschlussfassungen zu überwiesenen Anträgen an den Bundesausschuss durch den Parteitag.

In zwei Sitzungen beschäftigte sich der Bundesausschuss auf Basis eines Antrages mit Bewertungen zur Durchführung des Bundesparteitages. Nachfolgender Text wurde dann mehrheitlich verabschiedet:

»Der Bundesausschuss beschließt, den nachfolgenden Vorschlag in Auswertung der 1. Tagung des 5. Bundesparteitages in Magdeburg an den Parteivorstand zu übergeben.

Der Ablauf und die Vorbereitung der 1. Tagung des 5. Bundesparteitages waren aus Sicht des Bundesausschusses an einigen Punkten verbesserungsfähig. Im Konkreten möchten wir folgenden Aspekt erwähnen:

Die Redezeiten unserer Fraktions- und Parteispitze wurden in mehr als der Hälfte der Fälle deutlich überzogen. Die Tagungsleitung ist in diesen Fällen nicht - jedenfalls für uns nicht wahrnehmbar - eingeschritten. Das steht im krassen Widerspruch zur Praxis gegenüber anderen Rednerinnen und Rednern, welche (zu Recht!) rigoros abgeklingselt werden, wenn sie die Redezeit überschreiten. Es steht auch im Widerspruch zu der vom Bundesparteitag beschlossenen Geschäftsordnung. Dort heißt es: "Die Tagungsleitung [...] kann Rednerinnen und Redner zur Sache rufen" und "muss ihnen das Redezeitende einmal vorankündigen und das Wort entziehen, wenn sie die Redezeit überschreiten". In einer egalitären, demokratisch-sozialistischen Partei sollte das Regelwerk für die Parteiprominenz genauso gelten wie für die anderen Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Parteitages. Uns ist bewusst, dass diese Ungleichbehandlung eine gewisse Tradition in unserer Partei hat und keineswegs eine Erfindung unseres aktuellen Spitzenpersonals ist. Dennoch ist es aus unserer Sicht an der Zeit, mit dieser unrühmlichen Tradition zu brechen.«

Alle vom Parteitag an den Bundesausschuss überwiesenen Anträge wurden im Bundesausschuss diskutiert, abschließende Entscheidungen wurden getroffen.

Die Behandlung der einzelnen Anträge erfolgte unter Einbeziehung der Einreicherinnen und Einreicher und einer ausreichend zur Verfügung stehenden Zeit für Diskussionen.

Die Anträge »Für ein anderes Europa – gegen das neoliberale EU- und Eurosystem«, »Für die Einführung eines optionalen Online-Mitgliederentscheids« und »Fort mit dem Damoklesschwert der Ausweisung« wurden durch den Bundesausschuss mehrheitlich angenommen.

Darüber hinaus fasste der Bundesausschuss Beschlüsse zur Durchführung der Jahresauftaktveranstaltung der Europäischen Linken, zur Diskussion der Rechtsentwicklung in Europa und linken Gegenstrategien, der Einführung einer Geschlechterquote auch an der Spitze der Europäischen Linken, gegen die Durchführung des G20 Gipfels in Hamburg und erklärte sich solidarisch mit Diether Dehm, dessen Immunität auf Antrag des Staatsanwaltes aufgehoben werden sollte, weil er einen afrikanischen Jugendlichen aus Lampedusa zu seinem Vater nach Deutschland gebracht haben soll. Ausführlich beschäftigte sich der Bundesausschuss in der Beratung im März 2017 mit der Frage »Rechtsentwicklung in Europa und linke Gegenstrategien«. Die entsprechenden Dokumente werden den Landesverbänden zur Fortführung der Diskussion bereitgestellt.

In Auswertung dieser Beratung schätzte das Präsidium ein, dass die tiefgründige Behandlung unter Einbeziehung unterschiedlicher Gremien eine gute Voraussetzung für die weitere Behandlung des Themas in der Partei bildet.

Im Berichtszeitraum nahm die Beschäftigung mit europäischen Fragen einen breiten Raum ein. Nicht nur auf Basis der vorliegenden Anträge, der Diskussion um die Bildung einer Arbeitsgruppe, sondern auch weil sowohl die Mitglieder des EL-Vorstandes als auch die Mitglieder des Europäischen Parlaments über ihre Arbeit Rechenschaft bzw. einen Zwischenbericht geben wollten. Entsprechende Tagesordnungspunkte wurden festgelegt.

Um die im §21 Abs. 4 festgeschriebene Aufgabe (Wahl der Vertreterinnen und Vertreter der Partei in die Organe der Europäischen Linken) politisch, unter Einbeziehung der unterschiedlichen Ebenen und Strukturen der Partei, vorzubereiten, fasste der Bundesausschuss im Juni 2016 den Beschluss »Verfahren zur Wahl der VertreterInnen der Linken in den Organen der EL« zur Vorbereitung der entsprechenden Wahl im September.

Insgesamt haben sich 21 Genossinnen und Genossen für die zur Verfügung stehenden 12 Mandate beworben. Gleichzeitig war vorgesehen, die Nominierung der Vorschläge für den Vorsitz der EL durchzuführen. Dieser Tagesordnungspunkt musste aufgrund der noch nicht abgeschlossenen Diskussion des Rates der Vorsitzenden in der EL über den neu zu besetzenden Vorsitz vertagt werden. Der Parteivorstand empfahl dem Bundesausschuss, Gregor Gysi als Vorsitzenden der EL zu nominieren, dieser Empfehlung folgte der Bundesausschuss in seiner Sitzung im November 2016 mit 44 Ja-, 14-Nein-Stimmen und 7 Enthaltungen. Für den Vorstand der EL wurden Claudia Haydt und Judith Benda nominiert, für die Funktion als Schatzmeister Diether Dehm. Die Wahl Gregor Gysis als Vorsitzender sowie der Vorstandsmitglieder Claudia Haydt und Judith Benda fand auf dem EL-Kongress im Dezember 2016 statt.

Darüber hinaus wählte der Bundesausschuss in seiner März-Sitzung Heinz Bierbaum zum Vertreter der LINKEN im politischen Sekretariat der Europäischen Linken.

Für die Sitzung im September 2017 wird das Präsidium das Thema »Wie stellen wir uns die weitere Entwicklung der Europäischen Union vor« vorbereiten und eine Diskussion über unsere Positionen auf Basis der Thesen des Kommissionspräsidenten Juncker zur weiteren Entwicklung der Europäischen Union führen.

Diskussionen gab es im Bundesausschuss außerdem zur Frage der Spitzenkandidatur zu den Bundestagswahlen 2017. Neben einem Antrag zur Durchführung eines Mitgliederentscheides, der mehrheitlich abgelehnt wurde, entschied sich der Bundesausschuss zur Durchführung einer Sondersitzung, sollte der Parteivorstand in seiner Sitzung im Dezember keine Entscheidung getroffen haben. In der Diskussion im Bundesausschuss im November wurde deutlich, dass der Parteivorstand seiner Verantwortung bezüglich der notwendigen Entscheidung nicht gerecht wurde.

In Bezug auf die Erarbeitung des Finanzplanes 2017 schätzte der Bundesausschuss ein, dass die gute Zusammenarbeit mit dem Bundesschatzmeister – wie in den vergangenen Jahren – fortgesetzt wurde. Kontinuierlich und zeitnah wurden die auftretenden Probleme durch den Schatzmeister dargestellt, eingeleitete Maßnahmen vorgestellt und somit ein transparentes Verfahren im Bundesausschuss abgesichert. Das hat dazu beigetragen, dass die abschließende Diskussion zum Finanzplan 2017 im Bundesausschuss nur noch wenig Zeit in Anspruch genommen hat.

Auf Initiative des Präsidiums fand im September 2016 ein Treffen des Präsidiums mit dem Geschäftsführenden Parteivorstand statt. Aus Sicht des Präsidiums wurden die Ergebnisse der Klausurberatung und somit die Arbeitsschwerpunkte des Bundesausschusses für das Jahr 2017 vorgestellt. Gleichzeitig baten die Präsidiumsmitglieder den Geschäftsführenden Parteivorstand, den Bundesausschuss als ein Organ der Partei stärker in die strategische Arbeit einzubeziehen. Das gilt für die Vorbereitung des Bundestagswahlkampfes oder die Erarbeitung von Papieren ebenso wie bei personalpolitischen Entscheidungen.

Positiv ist zu bewerten, dass der Geschäftsführende Parteivorstand die Teilnahme an den Bundesausschusssitzungen personell absichert und die Mitglieder des Bundesausschusses kompetent informiert.

Bericht der Bundesfinanzrevisionskommission

Die Bundesfinanzrevisionskommission (BFRK) wurde auf der 3. Tagung des 4. Parteitages der Partei DIE LINKE in Bielefeld am 6./7. Juni 2015 in der Stärke von neun Mitgliedern gewählt. Sie setzt sich zusammen aus fünf Genossinnen aus den Landesverbänden Berlin, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern sowie vier Genossen aus den Landesverbänden Hessen, NRW und Sachsen.

Im Verlauf der Legislatur arbeitete die BFRK kontinuierlich und stabil. Gemäß Parteiengesetz prüft die BFRK die Einnahmen und Ausgaben der Partei im Parteivorstand und in ausgewählten Landesverbänden. Die durchzuführenden Prüfungen werden zum großen Teil geplant. Zusätzlich werden auch auf Antrag Prüfungen vorgenommen.

Bei allen Prüfungen standen die Entwicklung der Mitgliedsbeiträge, der Mandatsträgerbeiträge und Spenden sowie die Mitgliedergewinnung im Mittelpunkt.

Im Berichtszeitraum blieb die Mitgliederzahl fast gleich. Ende 2015 betrug die Mitgliederzahl 58.989 und Ende 2016 58.910.

Das Durchschnittsalter lag Ende 2016 bei 58,09 Jahren, der Frauenanteil bei 36,9%. Im Jahr 2016 konnten 5.406 neue Mitglieder geworben werden. Von diesen waren 30% Frauen und 57,2% jünger als 36 Jahre. Damit konnten 2016 deutlich mehr neue Mitglieder gewonnen werden als im Bundestagswahljahr 2013. Die meisten Neumitglieder verzeichnete 2016 Nordrhein-Westfalen (+ 975), gefolgt von Berlin (+ 648) und dem Saarland (+ 531). Bei 1.665 Mitgliedern wurde 2016 auf Grund der Beitragssäumigkeit der Austritt nach § 3 (3) der Bundessatzung festgestellt. Davon waren in Nordrhein-Westfalen 298 Austritte, in Bayern 296 und in Berlin 199. In allen Landesverbänden hat sich der Umgang mit den Beitragssäumigen wesentlich verbessert. Dass die Beitragstabelle nun mit 3,- € Mitgliedsbeitrag beginnt, wurde in den Landesverbänden bekanntgemacht und Gespräche dazu geführt.

Es konnte festgestellt werden, dass fast alle Landesverbände das Thema der Entwicklung der Mitgliedsbeiträge auf der Agenda haben.

Die Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen erhöhten sich von 9.353 T € im Jahr 2015 auf vorläufig 9.633 T € im Jahr 2016. Der monatliche Durchschnittsbeitrag je Mitglied stieg von 13,21 € im Jahr 2015 auf 13,63 € (vorläufig) im Jahr 2016. Dies zeigt, dass die von der BFRK erarbeitete Handreichung zur Ermittlung eines satzungsgemäßen Mitgliedsbeitrages umgesetzt wird.

Noch immer gibt es bei den Mitgliedsbeiträgen erhebliche Unterschiede in den einzelnen Landesverbänden. An der Spitze liegt der Landesverband Brandenburg mit einem Durchschnittsbeitrag von 19,43 € je Mitglied und am niedrigsten ist der Durchschnittsbeitrag im Landesverband Saar. Dort beträgt der Durchschnittsbeitrag 4,47 € je Mitglied.

Darüber hinaus wurde bei der Prüfung des Parteivorstandes auch die Zahlung der Mandatsträgerbeiträge und der Mitgliedsbeiträge der Mitglieder des Deutschen Bundestages (MdBs) geprüft. Nachdem MdBs angeschrieben oder mit ihnen Gespräche geführt wurden, erhöhte sich die Anzahl der satzungsgemäßen Mitgliedsbeiträge.

Zahlten bisher (12/2015)	2 MdBs	51,00 bis 100,00 €,	ist es nun (11/2016) nur noch	1 MdB.
Zahlten bisher	13 MdBs	101,00 bis 150,00 €,	sind es nun	8 MdBs.
Zahlten bisher	23 MdBs	151,00 bis 200,00 €,	sind es nun	25 MdBs.
Zahlten bisher	19 MdBs	201,00 bis 250,00 €,	sind es nun	21 MdBs.
Zahlten bisher	2 MdBs	251,00 bis 300,00 €,	sind es nun	4 MdBs.
Zahlten bisher	3 MdBs	301,00 bis 400,00 €,	sind es nun auch	3 MdBs.
Zahlten bisher	1 MdB	über 400,00 €,	ist es nun auch	1 MdB.

Von den Europaabgeordneten zahlen:

101,00 bis 150,00 € 2 Abgeordnete

151,00 bis 200,00 € 4 Abgeordnete und

301,00 bis 400,00 € 1 Abgeordneter.

MdBs und Europaabgeordnete zahlen ihre Mandatsträgerbeiträge überwiegend entsprechend der Vereinbarung.

Noch immer war auffällig, dass Nebeneinkünfte der genannten Mandatsträger/innen fast nie in die Beitragszahlungen einbezogen wurden.

Im Berichtszeitraum wurden nachstehende Verbände geprüft:

26. 06. 2015	LV Bremen
11. 07. 2015	LV Saar, KV Saarbrücken im LV Saar
23. 07. 2015	Stadtverband Magdeburg im LV Sachsen-Anhalt
08. 2015	LV Bayern, KV Rosenheim im LV Bayern
26. 09. 2015	LV Rheinland-Pfalz
21. 11. 2015	LV Niedersachsen
11./12. 12. 2015	Partei Vorstand
12. 03. 2016	LV Sachsen
01./02. 04. 2016	LV Berlin
17. 05. 2016	LV Baden-Württemberg
07. 2016	KV Würzburg im LV Bayern
29./30. 07. 2016	LV Hessen
27. 08. 2016	LV Schleswig-Holstein
15. 10. 2016	KV Trier-Saarburg im LV Rheinland-Pfalz
11./12. 11. 2016	Partei Vorstand
16. 12. 2016	LV Thüringen/KV Eichsfeld im LV Thüringen
31. 03. 2017	LV Brandenburg

Die getroffenen Feststellungen wurden sowohl vor Ort in den Landesverbänden und im Parteivorstand ausgewertet, als auch in der Schulung der Landesfinanzrevisionskommissionen (LFRK) am 30./31. Oktober 2015 in Elgersburg allen Landesverbänden zur Verfügung gestellt. Die nächste Schulung der LFRK findet Mitte Oktober 2017 statt.

Jedem Landesverband wurde eine CD mit den aktuellen Dokumenten der Partei übergeben. Zu den Schulungsinhalten gehörten vor allem die allgemeinen Grundsätze der Buchführung und Musterdokumente für die Prüfungen der LFRK.

Wesentliche Feststellungen der Prüfungen der BFRK sind:

1. Die BFRK hat regelmäßig auf die Einhaltung der Abgabetermine der Finanzabrechnungen und Rechenschaftsberichte hingewiesen. Das war insbesondere im LV Bayern erforderlich. Erst nach Mahnung und Androhung von Sanktionen durch die BFRK wurden die fehlenden Unterlagen zweier Kreisverbände dem Landesvorstand vorgelegt. Erst danach war die Erstellung des Rechenschaftsberichtes des LV Bayern möglich und somit auch erst die Fertigstellung des Rechenschaftsberichtes der Gesamtpartei und seine fristgerechte Einreichung beim Bundestagspräsidenten.
2. Vorschüsse sind spätestens nach 8 Wochen abzurechnen bzw. zurückzuzahlen. Weitere Vorschüsse sind nur nach Abrechnung aller bereits gewährten Vorschüsse auszuzahlen.
3. Im Bankzahlungsverkehr haben immer zwei Zeichnungsberechtigte gemeinsam zu unterzeichnen. Es gibt auch die Möglichkeit, mit zwei Pinodes im Onlineverfahren zu arbeiten. Die Bankbelege sind jährlich mit „1“ beginnend fortlaufend zu nummerieren.
4. Die Belege müssen vollständig, richtig, zeitgerecht und geordnet geführt werden und einen Verweis auf den jeweiligen Beschluss, die Regelung oder den dazugehörigen Vertrag enthalten.
5. Dauerschuldverhältnisse (z.B. Mietverträge) sind nur mit Zustimmung des Landesschatzmeisters/Landesvorstandes möglich.
6. Bei Reisekosten sind der Vordruck zu benutzen und die Inhalte zu kontrollieren, insbesondere wer, wann, wohin und in wessen Auftrag gefahren ist. Die Einladung ist beizufügen oder ein Hinweis auf den Beschluss zur Kostenübernahme zu vermerken (z.B. Reisekosten Parteitag oder Hinweis auf Stellenbeschreibung oder Funktion). Die Termineinhaltung ist zu beachten – spätestens Ende des Folgemonats ist abzurechnen.
7. Die Thermobelege sind wegen der langen Aufbewahrungsfristen einzuscannen und zu kopieren.
8. Da sich sachverständige Dritte schnell und ohne fremde Hilfe in der Buchführung zurechtfinden sollen, ist es wichtig, bei einer Zusammenfassung von Ausgabebelegen (Kassenbons) die Ausgaben zu markieren, die zu einer Buchung zusammengefasst wurden. Es sollte eine Aufstellung der erfassten Ausgaben gemacht werden. Das führt auch zur Vermeidung von Rechenfehlern bei der Zusammenfassung. Ein- und Ausgabebelege dürfen nicht zusammengefasst – also saldiert – werden.
9. Bankkonten der Kreisverbände sind nur mit Zustimmung des Landesschatzmeisters zu eröffnen. Ortsgruppen, Basisgruppen oder Zusammenschlüsse sind nach Satzung und Finanzordnung keine eigenständigen Gliederungen der Partei mit eigener Finanzausstattung und sind deshalb nicht berechtigt, eigene Konten zu eröffnen.

Insgesamt stellen wir fest, dass sich die Arbeit auf dem Gebiet der Finanzen verbessert hat. Dazu haben die Prüfungseinsätze und die Schulungen der LFRK durch die BFRK beigetragen.

Die Prüfungsfeststellungen wurden in der Klausur der BFRK vom 14. bis 16. Oktober 2016 ausgewertet.

Neben den durchgeführten Prüfungen in den Landesverbänden wurden von der BFRK auch Finanzfragen von Mitgliedern der Partei zu verschiedenen Themen und Dokumenten der Partei beantwortet, die im Parteivorstand oder bei der BFRK eingegangen sind.

Des Weiteren hat die BFRK auf ihrer Klausur 2016 die Broschüre zur Einwerbung von Testamentspenden erarbeitet. Die Broschüre „Wir alle sind Erben“ wird nach rechtlicher Prüfung des Entwurfs gedruckt und kann genutzt werden.

Bericht des Ältestenrates

Die Tätigkeit des Ältestenrates der Partei DIE LINKE findet wachsende Beachtung an der Basis der Partei und auch bei den Vorsitzenden und im Parteivorstand.

In Auswertung des Magdeburger Parteitages fand auf Bitte des Parteivorsitzenden Bernd Riexinger ein Gespräch mit dem Vorsitzenden und den stellvertretenden Vorsitzenden des Ältestenrates statt. Im Mittelpunkt standen Fragen der Strategie (u.a. Protestpartei und/oder Partei der Gestaltung, also von Regierungsverantwortung, Hinwendung zur und Aufgreifen der Meinung und Wünsche der Parteibasis, Umsetzen der Parteitagsbeschlüsse mit der Basis). Zur sozialen Frage wurde dem Parteivorstand ein Arbeitspapier übergeben.

Gefordert wurde vom Ältestenrat die zügige Umsetzung des Parteitagsbeschlusses "Frieden mit Russland – Verständigung in Europa – Nein zu Faschismus und Krieg", der eine beeindruckende Mehrheit und viel Applaus auf dem Parteitag gefunden hatte. Dazu wurde dem Parteivorstand ein Arbeitspapier übergeben.

Die Verhinderung von militärischen Konflikten in Europa setzt Vertrauensbildung voraus, in die auch Russland einzubeziehen ist. Das sollte ein besonderes Markenzeichen der Partei DIE LINKE sein und auf allen Ebenen der Partei im Fokus stehen. Das darf nicht anderen überlassen werden. Kritisiert wurde im Ältestenrat, dass die Friedenskonferenz diesem wichtigen Anliegen nicht genügte. Betont wurde, dass diese viele wichtige und interessante Beiträge brachte, der Parteivorstand die Konferenz jedoch nicht nutzte, um einen eindeutigen Standpunkt zur internationalen Lage, den Konflikten und den Kriegstreibern zu formulieren und in der Partei zur Diskussion und Aktion zu bringen.

Der Ältestenrat legte dem Parteivorstand ein Papier für den deutschen OSZE-Vorsitz vor. Der Parteivorstand fasste dazu einen Beschluss, die Bundestagsfraktion eine ausführliche Anfrage, auf die die Bundesregierung am 26.10.2016 Antwort gab. Zu konkreten Sachfragen fiel diese recht ausführlich aus, zu strategischen, die Bedrohung von Frieden und Sicherheit betreffenden nicht so sehr, eher ausweichend.

Der Ältestenrat und sein Vorstand haben sich ausführlich mit dem Kongress der Europäischen Linken beschäftigt, der in Berlin stattfand. Er hat ein Standpunktpapier erarbeitet, das auch zur Information für die Basis genutzt werden und helfen kann, Wissen und Verständnis für die EL zu fördern.

Der Ältestenrat unterstützte den konstruktiv-kritischen Bericht der LINKE-Delegation im Vorstand der Europäischen Linken (EL). Die EL darf nicht Name ohne Profil sein. Das Nebeneinander der Parteien muss überwunden und ein Miteinander der Parteien in den sozialen und politischen Kämpfen gestaltet werden.

Auf Initiative des Ältestenrates und Cuba si wurde eine Konferenz zur Entwicklung in Kuba erfolgreich durchgeführt, auf der der Parteivorsitzende Bernd Riexinger gesprochen hat. Die Konferenz forderte dazu auf, den sozialistischen Weg Kubas mit wachsender Solidarität zu begleiten.

Entsprechend den Regeln für seine Beratungen beschäftigte sich der Ältestenrat regelmäßig mit Problemen der aktuellen Lage und der Situation in der Partei. Im Mittelpunkt standen die Landtags- und Kommunalwahlen 2016 sowie das Wahljahr 2017. Es wurde betont, dass bei aller Eigenständigkeit der Landesverbände DIE LINKE eine Partei und nicht eine Ansammlung von 16 Landesverbänden ist. Wahlniederlagen wie in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern sollten mit größerem Ernst analysiert und das achtungsvolle Ergebnis in Berlin gründlich hinterfragt werden. Die 10 Jahre rot-rotes Mitregieren in Berlin haben Lehren hinterlassen, die im Rahmen der künftigen Tätigkeit mehr Beachtung finden sollten. Die Aktion des „Zuhörens“ der leitenden Organe ist gut, die Schritte zur Beachtung und Umsetzung der vielfältigen Anregungen und kritischen Hinweise der Mitglieder und vieler Verbündeter bleiben aber oft hinter den Erwartungen zurück.

Der Ältestenrat hat darauf eingewirkt, dass das Wahlprogramm einen gesonderten Abschnitt über die ostdeutschen Länder und die diskriminierende Behandlung großer Teile ihrer Bevölkerung enthält. Ein entsprechendes Arbeitspapier wurde dem Parteivorstand vorgelegt.

Die Gegenwart ist durch einen dramatischen Wandel der politischen Kultur gekennzeichnet. Die zunehmende Verdrossenheit breiter Kreise der Bevölkerung gegenüber der "institutionellen Politik" und dem Schwinden von Vertrauen in die repräsentative Demokratie findet seinen Ausdruck beispielsweise im Brexit oder der Wahl von Trump zum nächsten Präsidenten der USA.

In den westlichen Ländern, wie auch in der Bundesrepublik Deutschland, ist eine auffällige Zunahme von Ressentiments zu verzeichnen. Die lange Zeit vorherrschende Wahrnehmung einer relativen sozialen Ruhe wird konterkariert durch eine neue Politik der Wut. Die ursprünglich in empirischen Studien festgestellte "adressatenlose Wut" fand ihre Adresse in den etablierten Eliten. Ergebnis ist die Zunahme des rechten Populismus oder sogar weitergehend eine Revolte von rechts.

Festzustellen sind die Erosion der mittleren Schichten und eine Zunahme von "roher Bürgerlichkeit", der Aufstieg der AfD und eine fragile politische Gesamtkonstellation, in der erhebliche Verschiebungen der politischen Kräfteverhältnisse möglich werden. Diese Entwicklungen gelten nicht nur für Deutschland, sondern finden sich in den meisten europäischen Ländern und den USA.

Es ist ein politischer Paradigmenwechsel zu beobachten: Argumentativ wird die Gegenüberstellung von Neoliberalismus versus Sozialismus oder rechts gegen links nicht mehr als angemessen betrachtet. Diskutiert werden die Öffnung der Grenzen gegen die Schließung von Grenzen, Zuwanderungsquoten (Obergrenzen) gegen Personenfreizügigkeit, Freihandel gegen Protektionismus usw. Im Kern müssen diese Alternativen diskutiert und nach ihrem fortschrittlichen Gehalt befragt werden. Bei jedem Problem wäre zu untersuchen, wie eine dritte Möglichkeit auszusehen hätte; und zwar nach Kriterien von demokratischer und sozialer Weiterentwicklung der Gesellschaft.

Der Rechtspopulismus hat sich national und international festgesetzt. Darüber hinaus nistet sich diese Strömung in die etablierten Parteien ein und führt zu einer deutlichen Veränderung der politisch-programmatischen Positionierung. (Republikaner in den USA, Konservative in Großbritannien, bürgerliche Parteien in Frankreich oder autoritäre Regime in Polen oder Ungarn und vielen weiteren Ländern; in Deutschland verläuft dieser Prozess am auffälligsten in der CSU.).

In seiner Beratung im März dieses Jahres begrüßte der Ältestenrat unseren Spitzkandidaten Dietmar Bartsch, der zur Arbeit der Bundestagsfraktion informierte und mit uns aktuelle politische Fragen diskutierte.

Die politische Lage wird sich im Wahljahr 2017 weiter zuspitzen, im Inneren des Landes, in der EU als auch weltweit. Der Wahlkampf hat bereits von allen Seiten begonnen. Die CDU/CSU setzen weiter auf Merkel, deren Stern jedoch im Sinken ist. Die SPD wechselt ihre Spitze aus, und Martin Schulz setzt neue Zeichen. Wir in der LINKEN haderten erst mit uns selbst. Die Führung folgte dann unserem Rat und der wachsenden Zustimmung in den Landesverbänden, Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch als Spitzenkandidaten zu bestimmen. Jetzt gilt es, unser Vertrauen zu ihnen in die Wählerschaft hineinzutragen.

Der Wahlkampf zum Bundestag wird mit einer Schärfe geführt werden, wie es sie noch nicht gegeben hat.

Die Friedensfrage ist und sollte für DIE LINKE im Wahlkampf an erster Stelle stehen. Wo Vertrauensbildung fehlt, wird Misstrauen verbreitet und die Gefahren einer militärischen Eskalation bestimmen das Klima. Die Bestrebungen der Bundesregierung, die EU zu militarisieren, erfahren seit dem „Brexit“ und der Inauguration des Präsidenten Trump einen neuen Schub; so sollen die Militärausgaben drastisch erhöht, ein militärisches EU-Hauptquartier eingerichtet und die Militäreinsätze mit deutscher Beteiligung intensiviert werden.

NATO und EU betreiben seit langem die Einkreisung Russlands. Sanktionen, Manöver und die Dauerstationierung von NATO-Truppen an der russischen Westgrenze sowie die Verstärkung um das Dreifache der Schnellen Eingreiftruppe (NRF) verletzen die sicherheitspolitischen Interessen Russlands. Der Frieden in Europa kann nur mit und nicht gegen Russland erhalten werden.

Hinzu kommt, dass man sich in Deutschland in Gestalt der AfD mit einer Rechtsaußen-Opposition konfrontiert sieht, die dem neoliberalen Lager entsprungen ist, extrem rechtsradikale Kräfte aufsaugt

und nun eigenständige, ambitionierte Machtansprüche stellt. Sie hat es verstanden, die Schwächen der traditionellen neoliberalen Machthaber zu instrumentalisieren und große Teile des im Land wachsenden Protestpotentials an sich zu binden und zu mobilisieren, zumindest für Protestwahlkämpfe unter dem Motto „Gegen die da oben.“ Durch den Trump-Sieg fühlen sich Führung und Anhänger der AfD bestätigt.

Leider hat es die Partei DIE LINKE nicht verstanden, rechtzeitig und wirkungsvoll dagegenzuhalten. Viele ehemalige Wähler haben nicht mehr erkennen können, dass DIE LINKE weiter Vertreterin ihrer Interessen für Frieden und soziale Gerechtigkeit sein will und fühlten sich nicht mehr durch sie vertreten. Die Positionierung einiger leitender Funktionäre auch noch vor dem Magdeburger Parteitag, dass DIE LINKE nun vor allem gestalterische Aufgaben zu lösen habe, führte zu Unverständnis und Verunsicherung. Oft war die Frage zu hören, ob es nun vor allem um die Regierungsbeteiligung gehen soll. Viele Mitglieder bemängelten, dass kulturelle und geschichtliche negative Erfahrungen, so aus Mecklenburg-Vorpommern oder Sachsen-Anhalt, schlecht analysiert und kaum zur Positionsbestimmung herangezogen werden. Der Parteivorstand ist gut beraten, wenn er im Wahlkampf die Frage einer Regierungsbeteiligung sehr bedacht unter Einbeziehung der Basis berät und entscheidet. Selbstverständlich erwartet die große Mehrheit in der Partei und unserer Wählerschaft zugleich, dass sie weiter und entschieden Protest gegen Sozialabbau, Rüstung und Kriegseinsätze leistet.

Die SPD mit Martin Schulz rückt mit einer Kritik der Agenda 2010 die Frage nach sozialer Gerechtigkeit in den Mittelpunkt ihres Wahlkampfes und versucht, das Thema Armut und Reichtum zu besetzen. Für die Ursachen der wachsenden Spaltung in arm und reich ist jedoch die herrschende Politik verantwortlich. Solange das Wirtschaftswachstum, richtiger das Profitstreben, zum dominanten Ziel der Politik erklärt wird, und die Verteilungsfrage ausgeklammert bleibt, wird nichts über die Verteilung des Wohlstandes innerhalb und außerhalb Deutschlands ausgesagt. Wir als LINKE sollten mehr denn je Motor des Klassenkampfes für soziale Gerechtigkeit sein und ihn in aller Breite im Wahlkampf mit Forderungen führen wie:

- Höhere Löhne und einen höheren gesetzlichen Mindestlohn, einschließlich der Aufgabe aller Sonderregelungen
- Rücknahme der Hartz-IV-Regelungen und Ende der prekären Arbeit
- Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen und Aufgabe der sachgrundlosen Befristung von Arbeitsverhältnissen
- Eine lebensstandardsichernde Rente
- Bezahlbares Wohnen
- Die Besteuerung von Reichtum und Erbschaften
- Regulierung der globalisierten Finanzmärkte
- Stärkung von Arbeitnehmerrechten

Wähler und Nichtwähler, die sich in der DDR für ein antifaschistisches, nicht von Profitgier und Kriegstreiberei dominiertes Deutschland eingesetzt haben, wünschen sich eine differenziertere Debatte zur Geschichte der DDR, ihrer Ergebnisse, Probleme, Widersprüche. Es ist an der Zeit, gegen Klischees des Kalten Krieges, wie die Reduzierung auf das Wirken des MfS, offensiv aufzutreten. Die Diskussion um Andrej Holm zeigt, dass die Auseinandersetzung um die DDR durchaus ein großes Thema bleibt. Mehr denn je scheint es erforderlich zu sein, endlich die Lücke einer einseitigen Betrachtung der deutschen Nachkriegsgeschichte zu schließen. Gerade in Berlin sollte DIE LINKE neue Ansätze für eine Kultur der Erinnerung an die geteilte Stadt auslösen. Die unsäglichen Formularausfragungen Jahrzehnte nach dem Mauerfall gehören längst abgeschafft. Die protestierenden Studenten haben das besser verstanden und sich für Sachverstand, Versöhnung und soziale Gerechtigkeit auf dem so wichtigen Feld des Wohnens stark gemacht. Für sie war klar, dass ein kompetenter und beliebter Streiter für soziales Wohnen unbedingt ausgeschaltet werden sollte, noch bevor er zum Zuge kommen konnte. Im Landesvorstand setzte man weniger auf eine mutige politische Auseinandersetzung und hoffte auf eine formale administrative Entscheidung, die die Direktorin der Uni dann auch als ihre Haltung getroffen hat.

DIE LINKE muss aufpassen, dass sie sich nicht schon frühzeitig ausbremsen lässt, noch bevor sie sich in Regierungsverantwortung mit ihrer Hauptkompetenz auf dem Gebiet sozialer und gerechter Standards für Wohnen und Mieten entfaltet hat. Die Versuche der städtischen Wohngesellschaften, Mieterhöhungen vorzunehmen, deuten darauf hin, dass die Miethaie und Investorenlobby Morgenluft wittern.

Von der LINKEN wird erwartet, dass sie sich nicht zu den Etablierten drängt. Genau damit versucht die AfD, gegen DIE LINKE zu punkten. Und auch die Etablierten würden gern mit dem Motto denunzieren: „Die sind ja auch nicht anders“. Das dürfen wir nicht zulassen und im Wahlkampf und in Regierungsverantwortung klar machen.

Im Wahlkampf wird die Haltung zur AfD einen zentralen Platz einnehmen. Über den Umgang mit ihr lässt sich vortrefflich streiten. Aber es sollte solidarisch und sachlich zugehen. DIE LINKE will eine vom Mainstream prinzipiell andere politische Kultur pflegen. Die Basis hat einen Nerv dafür, wenn persönliche Animositäten in die Öffentlichkeit getragen werden und lehnt das ab. Natürlich kann man z.B. unterschiedlicher Meinung dazu sein, ob ein Interview mit der AfD-Vorsitzenden angebracht ist. Aber genau hingeschaut, war natürlich nicht zu übersehen, dass Sahra Wagenknecht die Überzeugendere war. Ihre Argumente sind geeignet, sich in der Sache klar und erfolgreich in aller Öffentlichkeit mit den Rechtspopulisten auseinanderzusetzen, besonders dort, wo sie Positionen der LINKEN besetzen will (u.a., bei den „Abgehängten“, zu Russland, bei Kritik an den Regierenden). Einen anderen Weg, als die besseren Argumente verständlich, mit klarem Profil vorzubringen, haben wir nicht.

Auch in der komplizierten Flüchtlingsfrage, die die Gemüter Vieler bewegt, sollten Probleme und Differenzen im Rahmen der Partei und nicht über die Medien ausgetragen werden.

Die Gesellschaft in der BRD befindet sich in einem Prozess tiefgehender Veränderungen. Was sich in anderen EU-Ländern, wie in Frankreich, den Niederlanden, in Polen oder Ungarn vollzieht, entwickelt sich spürbar auch in Deutschland. Die Wahlergebnisse für die AfD sprechen für sich. Und all dies erfolgt unter massivem Einsatz der Massenmedien. Diese sind keinesfalls Mittel der Meinungsfreiheit, sondern ein politisches Element im psychologischen Krieg, eine gefährliche Streitmacht zur Manipulierung des Massenbewusstseins, des Vorschreibens von einseitiger Information und des Denkens.

Mit großer Sorge schauen wir nach Osteuropa. Die NATO und die EU haben sich bis an die Grenze Russlands erweitert, bis über die Frontlinie zu Beginn des faschistischen Überfalls auf die Sowjetunion hinaus. Versprechen, die beim Abschluss des 2+4- Vertrags gemacht wurden, sind nicht eingehalten worden. Dieser Grundlagenvertrag wird auf das Größte gebrochen. Über das Gebiet der ehemaligen DDR rollen Panzer der NATO und die Bundesrepublik ist führend beteiligt.

Wie oft tönten westdeutsche Politiker, dass von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen darf. DIE LINKE steht in der Verantwortung, dass Massen den Kriegstreibern in den Arm fallen.

In der Ukraine steht die BRD auf der kriegsführenden Seite. Auch im Vorsitz der OSZE im vergangenen Jahr wurde nach Minsk II faktisch nichts zur Umsetzung der Minsker Vereinbarung getan, so um seine politischen Grundsatzpositionen über die Teilnahme der Vertreter von Donbass und Lugansk an Verhandlungen sowie die verfassungsmäßige Absicherung des autonomen Status und die Durchführung von Wahlen in diesen Gebieten zu gewährleisten. Über weiterführende politische Dialogangebote war nichts zu hören.

Was tun?

1. Dem Parteitag liegt ein Wahlprogramm vor, das bereits Hinweise und Forderungen von Mitgliedern sowie Sympathisantinnen und Sympathisanten enthält. Unbedingt erforderlich ist Material zum Programm, das für Gespräche mit den Bürgern, Freunden und Verwandten, für Infostände und Steckaktionen nutzbar ist.
2. Das Programm muss zum Programm der ganzen Partei und von der ganzen Partei getragen werden.

3. Die benannten Spitzenkandidaten sind als Kandidaten der ganzen Partei zu betrachten und ihre Bemühungen sind aktiv zu unterstützen.
4. Das Anliegen der LINKEN sollte es sein, sich im Bunde mit den vielen Friedenskräften den gefährlichen Entwicklungen entgegenzustellen und sich für Vertrauensbildung zu engagieren. Die zentrale Frage bleibt die Friedensfrage, der Kampf gegen die wachsende Kriegsgefahr, gegen Militarisierung, Hochrüstung und Atomwaffen, für Abrüstung und Vernunft.
5. Der Ältestenrat hat sich für den Ostermarsch mit einem Appell „Schluss mit Rüstung und Militarisierung - für soziale Aufrüstung“ an die Öffentlichkeit gewandt.

Mit einer öffentlichen Gesprächsrunde im ND-Club suchten Mitglieder des Ältestenrates den Erfahrungsaustausch mit jüngeren Parteimitgliedern, die sowohl parlamentarisch als auch außerparlamentarisch aktiv sind. Diese Gesprächsform soll fortgesetzt werden.

Die Mitglieder des Ältestenrates erhalten von Mitgliedern und Sympathisanten der Partei eine Vielzahl von Anfragen und Standpunkten zur aktuellen Politik der Partei. Häufig beziehen diese sich auf das Agieren von Landesverbänden. Deshalb suchen wir das Gespräch mit der/dem jeweiligen Vorsitzenden. Im März fand ein Gespräch mit der Vorsitzenden des Landesverbandes Berlin statt, in der natürlich die Umsetzung des Berliner Wahlprogramms breiten Raum einnahm.

Für die Sitzung des Bundesausschusses am 4./5.3.2017 wurde der Ältestenrat gebeten, seine Sicht auf den Prozess des politischen Wandels in der Bundesrepublik Deutschland darzulegen und zu erläutern, wie diese Erfahrungen Anregungen und Einfluss auf die Politikgestaltung der Partei DIE LINKE bieten können.

Die kommenden Wochen und Monate werden vom Wahlkampf bestimmt. Darüber hinaus wird sich der Ältestenrat im Jahr 2017 mit weiteren Schwerpunkten befassen:

Der Parteivorstand wird den 10. Jahrestag der Gründung der Partei DIE LINKE mit einer festlichen Veranstaltung begehen. Wir werden uns mit dem Gründungsprozess und den neuen Herausforderungen beschäftigen, die vor der Partei stehen.

Vertreter_innen des Ältestenrates sind nach Brüssel eingeladen und werden dort mit der deutschen Gruppe der GUE/NGL eine Debatte über die EU und die Herausforderungen für DIE LINKE führen.

100. Jahrestag der Oktoberrevolution 1917 in Russland

Wir wollen - auch im Hinblick auf die bevorstehende Bundestagswahl - die Diskussion befördern, in welche Richtung die Partei DIE LINKE angesichts der tiefen Krise der Gesellschaft gehen muss, um radikal die gegenwärtigen Verhältnisse zu verändern, Frieden, Gleichheit und soziale Gerechtigkeit zu erreichen.

Es geht dabei nicht nur um den Aufbau einer Gegenposition zu dem stärker werdenden Geschichtsrevisionismus in den regierungsnahen Medien und wissenschaftlichen Institutionen, sondern vor allem darum, „die Schätze an Erfahrungen und Lehren dieses ersten welthistorischen Experiments mit der Diktatur der Arbeiterklasse“ (Rosa Luxemburg) zu heben. Sie zeichneten sich dadurch aus, dass nicht schlechthin Regierungswechsel das Ziel war, sondern die grundlegende Veränderung der bestehenden Ordnung. Die Revolution von 1917 war eine Antwort auf den Krieg und prägte den Verlauf des 20. Jahrhunderts, wurde zu einer „globalen Konstante der Jahrhundertgeschichte“ (Eric Hobsbawm) und damit grundlegend auch für die Herausbildung des internationalen Kräfteverhältnisses der Gegenwart.

Anlässlich des Gedenktages zum 200. Geburtstag von Karl Marx wollen wir uns Gedanken machen, wie sein Werk „Das Kapital“ und das „Kommunistische Manifest“, die zum UNESCO-Weltkulturerbe erklärt wurden, neu anzueignen sind und verstärkt für die Kapitalismusanalyse und -kritik der Partei DIE LINKE und der Entwicklung von Alternativen genutzt werden könnten.

Der Ältestenrat dankt für die wachsende Aufmerksamkeit in der Partei und wird seine Bemühungen zur Verwirklichung seines Satzungsauftrages weiter fortsetzen.

Bericht der AG Teilhabe zur Umsetzung des Teilhabekonzeptes

Berichterstatteerin: Inklusionsbeauftragte Margit Glasow

Die Partei DIE LINKE ist angetreten, eine inklusive Partei zu werden. Dazu hat der Parteivorstand im März 2014 das „Konzept zur Teilhabe von Menschen mit Behinderungen innerhalb der Partei DIE LINKE“ beschlossen. Das bedeutet, im Sinne der Inklusion so viele Barrieren wie möglich abzubauen und Strukturen auf Bundes- und Länderebene zu schaffen, damit alle Menschen so umfassend wie möglich am Parteileben teilnehmen und sich selbst aktiv einbringen können - sei es als Mitglied der Partei, als Sympathisant_in, als Wähler_in oder als Abgeordnete. Auf diesem Wege sind wir seit dem letzten Parteitag 2016 einen weiteren Schritt vorangekommen.

Die AG Teilhabe Bund, bestehend aus der Inklusionsbeauftragten, der Leiterin der Bundesgeschäftsstelle, Landesgeschäftsführer_innen und Landesschatzmeister_innen, dem Koordinator der BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik (SB) und einem Mitglied der BAG SB, führt regelmäßige Gespräche zur Umsetzung des Teilhabekonzeptes durch, sei es in Form von Telefonkonferenzen oder persönlichen Treffen.

Auf folgende Aspekte soll an dieser Stelle näher eingegangen werden:

1. Barrierefreiheit von Bundesparteitagen
2. Barrierefreiheit von Geschäftsstellen und Wahlkreisbüros
3. Umsetzung des Teilhabekonzeptes auf Ebene der Länder und der Kreise
4. Einsatz einer mobilen Induktionsschleife für Menschen mit Hörbehinderungen
5. Schlussfolgerungen

1. Barrierefreiheit von Bundesparteitagen:

Der Koordinator der BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik und teilweise die Inklusionsbeauftragte nahmen auch in den vergangenen Jahren an den Organisationsbüro-Sitzungen zur Vorbereitung und an der Besichtigung der Tagungsstätten der Bundesparteitage teil. Dadurch konnte die Qualität der Parteitage hinsichtlich der Barrierefreiheit weiter verbessert werden, insbesondere durch:

- den Einsatz von Gebärdensprachdolmetschern;
- einen Nachteilsausgleichsraum (Rückzugsraum) für Menschen mit Behinderungen;
- Bereitstellung von bestimmten Materialien in Leichter Sprache;
- die Rollstuhl-Rampe zum Podium;
- Informationen für Menschen mit Behinderung in Vorbereitung und während des Parteitages;
- Verbesserungen bzgl. der Ausschilderung und der barrierefreien Toiletten;
- Abfrage von barrierefreien Anreisemöglichkeiten, Behindertenparkplätzen und des Bedarfs an barrierefreien Unterkünften;
- durch das Schärfen des Blickes aller, was für die Umsetzung der Barrierefreiheit nötig ist.

Wichtig war in diesem Prozess, dass die letzten Bundesparteitage durch die BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik jeweils bezüglich der Barrierefreiheit ausgewertet und die angesprochenen Kritikpunkte verändert wurden.

2. Barrierefreiheit von Geschäftsstellen und Wahlkreisbüros:

Auch die Geschäftsstellen, Wahlkreisbüros, Treffpunkte und Veranstaltungsorte auf Bundes- und Länderebene wollen wir barrierefrei gestalten. Dazu sollen die Kandidat_innen für die Landtage und den Bundestag möglichst Verpflichtungserklärungen unterzeichnen. Die AG Teilhabe Bund arbeitet daran, die Voraussetzungen dafür Stück für Stück immer umfassender zu schaffen, die Bedingungen abrechenbarer zu machen und das stärker mit den Genoss_innen zu kommunizieren. Ein wichtiges Mittel dazu ist die Durchführung des Wettbewerbs „Barrierefreiheit? – DAS MUSS DRIN SEIN! Der Preis für barrierefreie Geschäftsstellen“. Dieser Preis wurde auf dem Fest der LINKEN 2016 erstmals

vergeben und in diesem Jahr wieder aufgelegt, um einen Anreiz für die Herstellung von Barrierefreiheit zu schaffen. Erhielten die Gewinner_innen im letzten Jahr eine mobile Hörschleife, winkt ihnen in diesem Jahr ein Gutschein für die Übersetzung eines Textes in Leichte Sprache.

3. Umsetzung des Teilhabekonzeptes auf Ebene der Länder und der Kreise

Wichtig ist es außerdem, das Teilhabekonzept auf Länderebene weiter umzusetzen. Die Inklusionsbeauftragte hat deshalb begonnen, die Landesverbände zu bereisen und mit den Landesvorständen ins Gespräch zu kommen, damit auch Veranstaltungen auf Länderebene zunehmend barrierefrei gestaltet werden. Dafür sollen möglichst Zielvereinbarungen zwischen Bundes- und Landesparteien abgeschlossen werden.

Die Inklusionsbeauftragte regt außerdem an, Inklusionsbeauftragte auf Länderebene zur Umsetzung des Teilhabekonzeptes auf Länderebene zu etablieren, wie es bereits in einigen Landesverbänden geschehen ist. Durch die Schaffung eines Teams von Inklusionsbeauftragten aus Bund und Ländern könnten Dinge zielgerichtet angepackt und gut koordiniert werden. Man könnte sich gegenseitig unterstützen und Aktionen gemeinsam organisieren. Auch die Schaffung von AGen Teilhabe auf Länderebene analog der AG Teilhabe Bund hält sie für sinnvoll.

Ein wichtiger Schritt wäre aus Sicht der Inklusionsbeauftragten ebenso, auf einem bundesweiten Treffen der Kreisvorsitzenden die Umsetzung des Teilhabekonzeptes zu thematisieren und zu bilanzieren.

4. Einsatz einer mobilen Induktionsschleife für Menschen mit Hörbehinderungen

Der Landesverband DIE LINKE. NRW hat vor knapp zwei Jahren auf Antrag der LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik eine mobile Induktionsschleife angeschafft. Die Realität zeigt, dass mit dieser Induktionsanlage Menschen mit Hörbehinderungen, die ein Hörgerät oder ein Implantat tragen, Veranstaltungen besser verfolgen können. Die Induktionsanlage kann durch andere Landesverbände, Kreisverbände, Fraktionen bzw. BAGen und LAGen ausgeliehen werden. Es hat sich bereits gezeigt, dass die Anschaffung der Induktionsanlage für den Landesverband DIE LINKE.NRW äußerst sinnvoll war. Sie ist ein Werbeträger für Inklusion:

- a. Sie ist bisher in mehr als 12 Städten in 5 Bundesländern von der Partei und der Bundestagsfraktion eingesetzt worden;
- b. Mehr als 800 Parteimitglieder und Nicht-Parteimitglieder haben den Nutzen und die Anwendung der Induktionsanlage kennen gelernt.
- c. Die Anlage hat sich durch den Verleih und die Spenden mehr als refinanziert.

Als schwierig erweist sich der Einsatz der Induktionsanlage mitunter dadurch, dass die Verlegung des Kabels und die Absicherung durch Abkleben des Kabels einige Zeit beansprucht. Die AG Teilhabe überlegt deshalb, ob es sinnvoll ist, für die Bundespartei eine Höranlage anzuschaffen, die ohne Kabel auskommt. Diese kann dann bundesweit verliehen werden. Eine solche Anlage wurde auf der letzten Mitgliederversammlung der BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik getestet.

5. Schlussfolgerungen:

Zur weiteren Umsetzung des Teilhabekonzeptes in Bund und Ländern sollten vor allem folgende konkrete Schritte vorangetrieben werden:

- stärkere Beachtung von Barrierefreiheit bei Veranstaltungen auf Landesebene;
- weitere Umsetzung der Barrierefreiheit auf den Internetseiten unserer Partei;
- Bereitstellung von mehr Materialien in Leichter Sprache und Braille-Schrift;
- weitere Erfassung barrierefreier Veranstaltungsstätten und Parteibüros;
- Vervollständigung der Liste der Gebärdensprachdolmetscher;
- Beobachtung der Einrichtung von neuen Wahlkreisbüros nach der Verpflichtungserklärung für barrierefreie Büros.

Notizen

Impressum/Kontakt

Bundesgeschäftsführer der Partei DIE LINKE
Kleine Alexanderstraße 28
10178 Berlin
www.die-linke.de

Redaktionsschluss: 2. Mai 2017

